

neue ideengeschichtliche politikforschung

Hg.: Thomas Noetzel, Jörg Probst



Finn Langbein

„Meinungsindustrie und Gesellschaft“

Eine Vortragsreihe des Marburger
Soziologen Werner Hofmann (1922-1969)
von 1968 und die Gründe
ihres Misserfolgs.

„neue ideengeschichtliche politikforschung – nip“ ist eine interdisziplinär angelegte Schriftenreihe am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte des Instituts für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

Die Reihe versammelt vorrangig Studien, deren Fragestellung und Gegenstand das fächer- und medienübergreifende Potential ideengeschichtlicher Forschung verdeutlichen. Politische Themen finden besondere Berücksichtigung. Essays dieses Formats können von Wissenschaftlern aller Fachbereiche bei **nip** veröffentlicht werden.

Absolventen aller Fachbereiche können ihre sehr gute ideengeschichtliche Abschlussarbeit in geeigneter Form bei **nip** monographisch publizieren.

Inhalt

Vorwort 7

1 Dokumente: Briefwechsel

- Werner Hofmann – Theodor W. Adorno **10**
- Werner Hofmann – Günther Wollny **17**

2 Dokumente: Vorträge

- Fritz Brühl: Der Rundfunk als Subjekt und Objekt der Politik
22

3 Dokumente: Protokolle

- Diskussion des Vortrags von Fritz Brühl **50**
- Diskussion zum Vortrag „Die Konzentration in der Presse und der Grundrecht der Meinungsfreiheit“ (nicht in Nachlass von Werner Hofmann) von Edgar Kull **58**
- Diskussion zum Vortrag „Die wirtschaftliche Lage der Zeitungen – Konzentration und Kooperation“ (nicht im Nachlass von Werner Hofmann) von Hans Dürrmeier **66**

4 Nachwort 73

Editorische Notiz der Herausgeber

„Linksverkehr - Frankfurt/M. und Marburg. Ideentransit um 1968“ lautete der Titel einer Veranstaltungsreihe von Portal Ideengeschichte/Philipps-Universität Marburg in Kooperation mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung 2018 aus Anlass des 50. Jahrestags der 1968er Studentenbewegung. Die Reihe nahm Ähnlichkeiten und Unterschiede der „Marburger Schule“ und der „Frankfurter Schule“ in den Blick. Zugleich legte die Reihe die Grundlagen für eine weiterführende wissenschafts- und ideengeschichtliche Untersuchung von Institutionen, Dynamiken und Medien der Kritik in der Bundesrepublik in Gestalt der Forschungskoooperation „Kritikgeschichte“. Die vorliegende Untersuchung – das ungewöhnlich detailreiche Ergebnis eines Praktikums bei Portal Ideengeschichte mit dem Nachlass von Werner Hofmann im Hessischen Staatsarchiv Marburg – dokumentiert die archivbezogene Arbeit und den interdisziplinären Anspruch dieser Forschungskoooperation „Kritikgeschichte“.

Finn Langbein

Vorwort

Neben den durch die große Koalition erlassenen Notstandsgesetzen, der Bildungsreform, dem Vietnam-Krieg oder der sexuellen Revolution stellt Öffentlichkeit eines der wichtigen Themen der 68er Bewegung dar. Ein bedeutsamer Bezugspunkt hierbei ist Jürgen Habermas' 1962 in Marburg erschienene Habilitationsschrift *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. In dieser versucht er, „die institutionellen Arrangements zu benennen, in deren Rahmen Argumente in herrschaftskritischer Hinsicht ausgetauscht und überprüft werden können.“ (Hartmann 2006: 168) Erst wesentlich später veröffentlicht Hans Magnus Enzensberger seinen Schlüsseltext *Baukasten zu einer Theorie der Medien* (1970) in dem von ihm selbst herausgegebenen *Kursbuch*. Mit diesem schließt er die bis dahin bestehende Lücke einer sozialistischen Medientheorie und betont – im Gegensatz zu Adorno mit seinem Begriff der Kulturindustrie – auch die emanzipatorischen Potentiale elektronischer Medien (vgl. ebd.). Beide Texte stellen Zäsuren dar in einem Diskurs rund um Presse- und Meinungsbildungsfreiheit, in dem das Verhalten des Axel Springer Verlags und seiner BILD-Zeitung so gar nicht übereinstimmen will mit den deliberativen Vorstellungen der außerparlamentarischen Opposition. Die politische Linke reagiert mit dem Versuch der Etablierung einer alternativen Öffentlichkeit, die frei von ökonomischen Abhängigkeiten sein und dem wahrgenommenen Demokratiedefizit entgegenwirken soll (vgl. Lachenmeier 2007).

Beteiligt an der Debatte ist der Marburger Soziologieprofessor

Werner Hofmann. Sein Plan ist die Veranstaltung einer Vortragsreihe, welche die Problematiken von Presse- und Meinungsfreiheit in Theorie und Praxis einer kritischen Analyse unterzieht. Bei der Besetzung denkt Hofmann im großen Stil: Sprechen sollen Namen wie Jürgen Habermas, Rudolf Augstein, Axel Springer, Hans Magnus Enzensberger und Theodor W. Adorno. Zudem ist eine Publikation der Vorträge in der Edition Suhrkamp vorgesehen. Doch die Dinge laufen nicht, wie von Hofmann geplant. Die ursprünglichen Redner sagen ab und müssen ersetzt werden. Auch die Veröffentlichung der Referate lässt sich nicht verwirklichen. So kommt es, dass die Reihe in Vergessenheit gerät und von der Forschungsliteratur zu Hofmann und dem Öffentlichkeitsdiskurs der 68er nicht vorkommt.

Diese Materialsammlung versucht, einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke zu leisten. Sie beinhaltet eine systematische Übersicht der Briefwechsel, in denen Hofmann und seine Mitarbeiter den Vortragszyklus organisieren **(1)**. Eine Auswahl kommentierter Abbildungen der Originaldokumente dient der Veranschaulichung **(2)**. Außerdem enthalten sind das Manuskript des Vortrags „Der Rundfunk als Subjekt und Objekt der Medien“, der von Fritz Brühl am 27.05.68 gehalten wurde sowie Transkriptionen der an die Vorträge anschließenden Diskussionsrunden **(3)**. Abschließend wird Hofmanns titelgebender Begriff der „Meinungsindustrie“ im Nachwort diskutiert **(4)**. Dem Hinweis eines Briefes (25.03.69) folgend, dass die Manuskripte an die Referenten zurückgesendet worden seien, wurden deren Familien und frühere Arbeitgeber kontaktiert, doch leider blieb die Suche nach fehlenden Schriftstücken ohne Erfolg. Die Materialien wurden im Rahm-

en eines studentischen Praktikums bei der interdisziplinären Forschungsplattform Portal Ideengeschichte entdeckt, das sich mit dem Wirken Werner Hofmanns in Marburg auseinandersetzte.

Literatur

Enzensberger, Hans Magnus (1970): Baukasten zu einer Theorie der Medien. In: Ders. (Hg.): Kursbuch 20. Frankfurt: Suhrkamp, S. 159-186.

Hartmann, Martin (2006): Strukturwandel der Öffentlichkeit. In: Honneth, Axel et al. (Hg.): Schlüsseltexte der Kritischen Theorie. Wiesbaden: VS Verlag, S. 168-171.

Lachenmeier, Dominik (2007): Die Achtundsechziger Bewegung zwischen etablierter und alternativer Öffentlichkeit. In: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): Zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung. Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler, S. 61-72.

1

Briefwechsel I

Werner Hofmann – Theodor W. Adorno

18.April 1968 - Werner Hofmann an Theodor W. Adorno

Lieber, sehr verehrter Herr Kollege!

darf ich bitte auf Ihre liebenswürdige Bereiterklärung zurückkommen, an der Vortragsreihe „Meinungsindustrie und Gesellschaft“, von der ich mit Ihnen sprach, mitzuwirken. Wir haben eine Reihe von Persönlichkeiten aus Presse, Rundfunk und Fernsehen gewonnen. Ganz in Ihr Belieben, lieber Herr Adorno, möchte ich es stellen, ob Sie einen Vortrag halten wollen oder eine Podiumsdiskussion bevorzugen; in letzterem Falle: mit wem? Etwa mit Silbermann? Oder notfalls mit Herrn Maus und mir und einem weiteren Herrn unseres Kollegiums (Abendroth)? Auch den Gegenstand stelle ich Ihnen anheim; was Sie, lieber Herr Adorno, zu sagen haben, ist immer bedeutungsvoll. Wie wäre es, um nur einen Vorschlag zu machen, der Sie zum Widerspruch und Gegenvorschlag reizt, mit einem Thema wie „Fernsehen und Halb- bildung“? Lieb wäre uns Ihre baldige Nachricht. Nach Möglichkeit wollen wir die Veranstaltung an einem Montagabend abhalten. Vielleicht sind Sie so liebenswürdig, uns einige Alternativen zu nennen?

Für heute mit herzlichem Gruß

Ihr stets ergebener (Unterschrift)

10. Mai 1968 - Elfriede Olbrich (Adornos Sekretärin) an Werner Hofmann

Sehr geehrter Herr Professor Hofmann,

Herr Professor Adorno bittet mich, Ihnen seine prinzipielle Zusage zur Teilnahme an Ihrer Vortragsreihe zu wiederholen. Er kann nur noch nicht den Termin übersehen. Darüber und über das Thema müßten Sie sich noch verständigen.

Mit einer Podiumsdiskussion ist er grundsätzlich einverstanden; nur über die Zusammensetzung des Panel müßte man sich noch einigen, da dieses ja verschiedene Standpunkte einschließen sollte.

Falls es Ihnen opportun erscheint, wäre er auch gern bereit, seinen Frankfurter Vortrag zur Eröffnung des Soziologentages in Marburg zu wiederholen. Natürlich nur, wenn sie nicht befürchten, dass zu viele aus dem in Betracht kommenden Hörerkreis bei dem Kongreß zugegen gewesen sind.

Mit den besten Empfehlungen von Professor Adorno und freundlichen Grüßen

Ihre sehr ergebene (Unterschrift)

25. Juni 1968 - Werner Hofmann an Theodor W. Adorno

Lieber Herr Kollege!

Darf ich unser letztes telefonisches Gespräch bestätigen, wonach die geplante Podiumsdiskussion, zu der ich das Thema "Massenmedien und Konformismus" vorschlug, zusammen mit dem für die Nachmittagsstunden vorgesehenen Vortrag, auf den Beginn des Wintersemesters verschoben werden soll. Ich werde mich an diese Ihre Zusage klammern wie Shylock an seinen Schein.

Darf ich bei dieser Gelegenheit auf meine Bitte zurückkommen, mit Ihrer Unterschrift Ihre Sympathie mit dem Aufruf des „Gießener Kreises“ zur Bildung eines Wahlbündnisses für 1969 bekunden zu wollen, was im übrigen zu nichts weiter verpflichtet. Der Kreis wird zu Beginn der übernächsten Woche mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit treten.

Mit den freundlichsten Wünschen für die letzten Semesterwochen

Ihr stets ergebener (Unterschrift)

PS: Darf ich bei dieser Gelegenheit fragen, wie es nun mit der Wiedergabe der Referate und Diskussionsbeiträge des letzten Soziologentages gehalten wird. In welcher Form soll unsere gemeinsame Podiumsdiskussion reproduziert werden? Erhält man die Beiträge zur Diskussion über die weiteren Referate auf Grund von Bandabschrift zugesendet oder soll man sie mit Hilfe von Notizen aus dem Gedächtnis rekonstruieren?

27. September 1968 - Werner Hofmann an Theodor W. Adorno

Lieber Herr Kollege!

Darf ich unser heutiges Telefongespräch bestätigen, wonach Sie die große Freundlichkeit haben, am Abend des 6. Dezember, zusammen mit einigen anderen Herren Kollegen, eine Podiumsdiskussion zum Thema „Massenmedien und Halbbildung“ durchzuführen. Ich werde mich bemühen, den von Ihnen vorgeschlagenen Herrn Kollegen Usener mit dafür zu gewinnen.

Wie wir besprochen haben, soll die Podiumsdiskussion um 20 Uhr stattfinden (im Auditorium Maximum); wir sind sehr froh, daß Sie uns am Nachmittag (16 Uhr) einen Vortrag bieten werden „Zum Positivismusstreit in der deutschen Soziologie“. Auch zu dieser Veranstaltung werden wir das Auditorium Maximum reservieren lassen. Ferner haben wir ein Zimmer für Sie im Kurhotel Ortenberg (Georg-Voigt-Straße 21) für die Nacht vom 6. zum 7. Dezember vorbestellt.

Darf ich noch einmal wiederholen: Für die Teilnahme an der Podiumsdiskussion sind wir in der Lage, aus Mitteln der Landeszentrale für politische Bildung Ihnen DM 200,- zur Verfügung zu stellen, für den Vortrag aus Mitteln der Universität DM 250,-; ferner Ersatz der Reise- und Aufenthaltskosten (insgesamt also ca. DM 500,-).

Wir freuen uns sehr, Sie bei uns zu haben!

Mit freundlichstem Gruß Ihr stets ergebener (Unterschrift)

13. November 1968 - Werner Hofmann an Theodor W. Adorno

Sehr verehrter Herr Kollege!

Darf ich, nach Rücksprache mit den anderen Mitwirkenden unserer für den 6. Dezember vorgesehenen Podiumsdiskussion (den Herren Kollegen Klafki und Abendroth) Ihnen den Vorschlag machen, daß wir dem Thema „Massenmedien und Halbbildung“ eine leichte Wendung geben, indem wir formulieren „Bildung durch Massenmedien?“. Erhalte ich in den nächsten Tagen keine Nachricht von Ihnen, so nehme ich Ihr Einverständnis an.

Mit freundlichem Gruß

Ihr (Unterschrift)

15. November 1968 - Theodor W. Adorno an Werner Hofmann

Lieber Herr Hofmann,

wie ich bereits Ihrer Sekretärin sagte, möchte ich aus sehr zwingenden sachlichen Gründen den Titel des Podiumsgesprächs nicht geändert haben. Der neue Titelvorschlag nimmt mir den Bildungsbegriff als solchen zu positiv, wie es mit meinen Positionen unvereinbar ist. Ich hoffe sehr auf Ihr Verständnis und verbleibe mit den freundlichsten Grüßen

Ihr (Unterschrift)

05. Dezember 1968 - Werner Hofmann an Theodor W. Adorno

Sehr geehrter Herr Kollege!

Nach den ungewöhnlichen Schwierigkeiten, die eine Vereinbarung mit Ihnen bereitet hat, und nachdem es auch nicht möglich war, einen neuen Termin mit Ihnen zu besprechen, werden wir die geplante Podiumsdiskussion nun ohne Sie durchführen. Auch auf den geplanten Vortrag müssen wir leider verzichten.

Mit bestem Gruß (Unterschrift)

Briefwechsel II

Werner Hofmann und Günther Wollny

16.August 1968 - Werner Hofmann an Günther Wollny

Sehr verehrter Herr Regierungsdirektor!

Zu meiner Freude kann ich Ihnen mitteilen, daß der Vortragszyklus „Notstandsordnung und Gesellschaft in der Bundesrepublik“, den wir im Wintersemester dank der liebenswürdigen Mithilfe der Landeszentrale durchführen konnten, nun in einer Auflage von 40.000 Exemplaren im Verlag Rowohlt erschienen ist. Ich habe veranlaßt, daß Ihnen ein Exemplar zugeleitet wird, und möchte die Gelegenheit nicht versäumen, Ihnen noch einmal herzlich für das bewiesene Wohlwollen lebhaft zu danken!

Es fügt sich, daß ich Ihnen mit einem neuen Vorschlag kommen kann. Wir würden gern im Wintersemester 1967/68 eine Vortragsreihe mit Diskussion veranstalten, die sich mit einem recht dringlich gewordenen Themenkreis befaßt. Die fortschreitende Konzentration bei den Organen der Meinungsbildung, die Beunruhigung über Umfang und Informationsstil der Springer Presse, das Fußfassen von einigen Presseorganen im Saarländischen Fernsehen, der Vorschlag, die Zahl der Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik bedeutend herabzusetzen - dies alles läßt eine wissenschaftliche und zugleich tagesnahe Erörterung von Fragen als dringlich erscheinen, die unter dem Titel „Meinungsindustrie und Machtsystem“ etwa behandelt werden könnten.

Auch hier soll es darum gehen, Fragen der Gegenwartsgesellschaft in vertiefter ökonomischer, soziologischer und politischer Analyse den Studierenden sowie der allgemeinen Öffentlichkeit durch berufene Kenner der Materie nahezubringen. Auch in diesem Falle sollen die Vorträge und eine Zusammenfassung der Diskussion später im Druck erscheinen.

Bevor ich mich an die von uns in Erwägung gezogenen Referenten wende, möchte ich mir erlauben, Sie, hochverehrter Herr Regierungsdirektor zu fragen, ob die Landeszentrale in der Lage und gewillt ist, das Vorhaben finanziell zu unterstützen. Hiervon wird es gänzlich abhängen, ob wir das Projekt durchführen können. An dem Vorhaben, dessen Thematik dem Aufgabenkreis Ihrer Dienststelle ja besonders nahe steht, ist uns auch deshalb gelegen, weil an der Universität Marburg Publizistik als Fach nicht vertreten ist. Die Kosten des Unternehmens lassen sich, auch auf Grund unserer Erfahrungen vom letzten Wintersemester, leicht schätzen. Sie werden auf jeden Fall unter denen der Veranstaltung des vergangenen Wintersemesters liegen.

Am Programm wird sich gewiß noch manches ändern. Doch ist der Gedankenkreis wohl sicher deutlich genug, um Ihnen, verehrter Herr Regierungsdirektor, eine Entscheidung zu ermöglichen. Vielleicht darf ich Sie in den nächsten Tagen einmal anrufen. Darf ich Ihnen, wenn auch mit einiger – urlaubsbedingter – Verspätung, beigelegt einen Aufsatz aus meiner Feder übersenden, der gekürzt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen ist.

Mit verbindlichstem Gruß Ihr stets ergebener (Unterschrift)

11.Oktober 1968 - Günther Wollny an Werner Hofmann

Sehr geehrter Herr Professor Hofmann,

ich bin gar nicht stolz, daß meine Skepsis Recht behalten hat, als ich Ihr so vorzügliches Programm las. „Wäre das zustandekommen“, so dachte ich, „so mußt Du Deinen Terminkalender ruinieren“.

Sie sehen, sehr geehrter Herr Professor, wie brachial meine Zustimmung zu Ihrem Projekt war, aber ich bewunderte Ihren Optimismus, diese rednerische Equipe zu mobilisieren.

Ich weiß, solch ein Projekt schüttelt man nicht aus dem Ärmel, und das Organisieren ist dann immer noch schwierig genug. Aber vielleicht kann ich mich bei Ihnen ein bißchen „revanchieren“, indem ich versuche, Ihnen ein neues Projekt schmackhaft zu machen. Meine Assoziationskette ist etwa folgende: Marburg – Universität – Professoren Hofmann und Maus – Projekt gescheitert – 2. Panzergrenadierdivision – Bundeswehr – Führungsstil – Demokratisierung – Fragezeichen!

Wir haben den alten Major der Kavallerie, der seine Soldaten noch zwingen konnte, ihre Pferde anständig zu besohlen, weil er es vormachen konnte. Die hierarchische Verfahrensweise war Natur. Der Enkel dieses alten Majors ist heute Major der Panzerwaffe, kann gar nicht mehr erzwingen, daß der Motor funktioniert, muß Vertrauen und Verantwortung delegieren und ist froh, wenn der Dümmste seiner Rekruten so geschickt ist, den Fehler im Motor zu finden und abzustellen.

Die demokratische Verfahrensweise wird Natur.

Wird sie es wirklich? Wie hoch ist der Standard der Selbstreflektion bei Offizieren? Was haben Soziologen und Bundeswehroffiziere dazu zu sagen? Gibt es den all-round-Generalstäbler noch immer? Trägt die Schule für Innere Führung zu einem neuen Führungsstil bei? Ist das Elitebewußtsein, das in der Bundeswehr wieder heranwächst, ein adäquates Mittel, die bewaffnete Macht in die Gesellschaft zu integrieren? Etc. etc.

Ich könnte mir vorstellen, daß General Drews an einer Veranstaltung der Marburger Universität interessiert werden könnte, und ich könnte mir vorstellen, daß gerade Soziologen, Studenten wie Dozenten, diese Zusammenkoppelung von Universität und Kaserne anziehend finden, soziologisch wie gesellschaftlich.

Darf ich Sie in der nächsten Woche, nachdem ich die Buchmesse verdaut habe, einmal anrufen?

Mit freundlichen Grüßen
bin ich Ihr (Unterschrift)

17.Oktober 1968 - Werner Hofmann an Günther Wollny

Hochverehrter Herr Regierungsdirektor!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihren wohlmeinenden Vorschlag! Es ist schön, daß wir uns weiter Ihrer Gunst erfreuen. Allerdings weiß ich aus Erfahrung, daß Offiziere sich einer wissenschaftlichen Diskussion, wie sie in der Tat sehr erwägenswert wäre, nicht stellen. Ich halte es für ausgeschlossen, eine Vortragsreihe zustande zu bringen, bei der die Eingeladenen sich selbst irgendwie in die Rolle von Experimentierpersonen versetzt fühlen könnten.

Wir wollen uns aber sehr gerne Gedanken darüber machen, wie wir noch einmal etwas auf die Beine bringen, das ähnlich wirkungsvoll ist, wie unser seinerzeitiges Unternehmen.

Mit den schönsten Grüßen und persönlichen Wünschen
Ihr stets ergebener (Unterschrift)

2

Fritz Brühl

Der Rundfunk als Subjekt und Objekt der Politik

Meine Damen und Herren, der Titel des Referats: „Der Rundfunk als Subjekt und Objekt der Politik“ gibt auf den ersten Blick zu einer Irreführung Anlaß, die ich auf den zweiten Blick sofort richtigstellen möchte. Es scheint nach der Überschrift so, als ob der Rundfunk in gleicher Weise und in gleichem Grade sowohl Subjekt wie Objekt der Politik sei. Dem ist – zumindest im Augenblick – nicht, oder *noch* nicht so. Das Verhältnis von Subjekt-Stellung und Objekt-Haltung kann nur mit dem eines Bankhauses verglichen werden, das in der Regel als Subjekt seine normalen Geschäfte treibt, das aber in Ausnahmefällen, also bei Akten der Illegitimität Gegenstand von nächtlichen Einbrüchen oder von Überfällen bei hellem Tageslicht ist. Es liegt dabei in entscheidendem Maße auch am Bankhaus und am Funkhaus selbst, inwieweit es seine Sicherungen soweit betreibt, daß es sich dem Ansturm der Ungesetzlichkeit gewachsen zeigt. Freilich in den aufgeregten Zeiten sind letzte Sicherheiten auch bei größter Umsicht nie gegeben. Und damit teilt das Rundfunkhaus sein Schicksal mit dem anderer Institutionen, in die ihrem Wesen nach Politik einspielt oder einspielen muß.

Ob der Rundfunk ein Subjekt der Politik sei oder nicht, die Beantwortung dieser Frage hängt natürlich wesentlich davon ab, was man unter Subjekt versteht. Auf die sachliche Ableitung des Subjekts als des Untergelegten brauche ich nicht einzugehen. Näher kommt schon die philosophische Interpretation, die gern

vom Zugrundeliegenden spricht. Noch besser freilich ist es, gleich das ambivalente Verhältnis von Subjekt und Objekt zu sehen, das sich u.a. darin ausdrückt, daß das Subjekt Aktivität zeigt, das Objekt aber die Erleidensform; daß die Spannung zwischen Hammer und Amboß sichtbar wird und damit das Verhältnis eines korrespondierenden Miteinanders. Der Rundfunk ist gewiß Subjekt der Politik, ähnlich wie ein Parlament, eine Partei, eine gesellschaftliche Klasse, eine ständische Organisation, nur daß eben sein Angebot an die Umwelt anders beschaffen ist – anders wirkt, anders wirken will – als die oben beschriebenen Institutionen. Indem der Rundfunk die Wirklichkeit wie ein Spiegel einzufangen sucht, in dem der Rundfunk bei diesen Bemühungen Straffungen, Raffungen, Vergrößerungen, vielleicht sogar Verfremdungen vornehmen muß, um den Gesetzen dieses Mediums zu entsprechen, indem er das tut, setzt er Akzente, arbeitet nach Wertmaßstäben, vollzieht er Rangunterscheidungen nach Quantität und Qualität. Kurz – er wird zu einem nach eigenen Gesetzen Lebenden, im weitesten Verstand der politischen Gebilde, der am politischen Geschehen beteiligt ist, mitwirkt, vielleicht sogar etwas mitbestimmt. Der Rundfunk wird Träger von Impulsen, er wird Wissensvermittler, er kann als Nottau wirken – freilich auch als Bremser. Er formt in jedem Fall eine Eigenständigkeit aus, die ihn zu einem wichtigen Teilnehmer am politischen Geschehen macht. Viele nennen ihn eine Macht – eine Großmacht. Und seitdem unter Rundfunk Hörfunk *und* Fernsehen verstanden werden müssen – und auch das will ich heute Abend tun – ist diese Bezeichnung gewiß im Einklang mit Realitäten. Neben Schule, Kirche, Literatur wirkt er in einem wachsenden Maße auf die Vorstellungsbilder von der Welt in der Bevölkerung ein. Es genügt in

diesem Kreise der eine Satz, um die Wegeposition zu beschreiben.

Ein Gebilde von so einflußreicher, vielgestaltiger, fast unheimlicher weil noch nicht völlig erforschter oder gar erforschbarer Beschaffenheit ist natürlich der Verlockung ausgesetzt, auch zur Attraktion für alle diejenigen zu werden, die sich seiner aus Gründen privaten Interesses, Berufsinteresses, der wirtschaftlichen, der politischen, der weltanschaulichen Interessen bemächtigen wollen, zumindest darauf in hohem Maße Einfluß nehmen wollen. Im Spannungsfeld dieser Auseinandersetzung ist unser Thema heute Abend angesehen. Angesichts dessen, daß der Rundfunk in der Bundesrepublik aufgrund der jeweils erlassenen Landesgesetze als öffentlich-rechtliche Körperschaft etabliert ist, angesichts dessen also, daß damit von Gesetzes wegen jede Einflußnahme politischer, parteipolitischer, konfessioneller, wirtschaftlicher Art usw. ausgeschaltet sein sollte, bleibt das Bemühen um diese Einflußnahme ein Akt contra legem. Wir werden heute Abend zu prüfen haben, inwieweit sich Recht und Wirklichkeit miteinander decken, inwieweit also die Autonomie, die das Gesetz verheißt, realisiert, bedroht, durchlöchert, zerstört ist oder zerstört werden könnte.

Meine Damen und Herren, ein kurzer Blick auf die geschichtliche Entwicklung des Rundfunks ist insoweit nützlich, als er erkennen läßt, daß schon in den ersten Erscheinungsformen Ansätze der ihm eigenen Problematik ausgebildet worden sind. Die List der Idee – um mit Hegel zu sprechen – hat es gewollt, daß Krieg und Rundfunk gleich zu Beginn eine Verbindung miteinander einge-

gangen waren. Im Jahre 1917 hat der später berühmt gewordene Staatssekretär Bredo im Auftrag des Chefs der Feldtelegraphie drahtlose Telephoniersversuche mit Röhrensendern unternommen, bei denen nicht nur Sprache, sondern auch damals schon Musik übertragen wurde. Vorher hatte Bredo den deutschen Schiffsfunkverkehr organisiert. Schon 1919 sendet er Pressemitteilungen an Postämter, an die in den Postämtern installierten Empfangsstellen. Und im selben Jahr gibt es einen Vortrag von Bredo, der Geschichte gemacht hat, ein Vortrag in der Berliner Urania, in dem in Andeutungen die Möglichkeiten großer politischer und allgemeiner Informationen auf funkentelegraphischem Wege vorahnend gekennzeichnet worden waren.

Drei Jahre später – ich sage das in Stichworten – ein drahtloser Wirtschafts-Rundspruchdienst, Rundfunk als Wirtschaftsnachrichtendienst – eine Parallele im übrigen zur alten Frankfurter Zeitung – und interessant auch die erste unbestimmte und mehr von Ahnungen als von Einsicht gekennzeichnete Reaktion der Politiker des Weimarer Staates. Friedrich Ebert und Otto Braun neigten zu einer mehr positiven Aufnahme des neuen Mediums, während Karl Severing von der Sorge bedrängt wurde, mit Hilfe der neuen Erfindung könnte u.U. die Monarchie ausgerufen und der nur schwache Staat tödlich bedroht werden.

Die kommenden Jahre hingen dann in einem offenen, aber z.T. auch versteckten Konflikt, ein Machtkampf zwischen dem Reichspostministerium, das sich als technische Instanz und als zuständige Instanz fühlte, und dem Reichsinnenministerium, dessen Repräsentanten natürlich sehr schnell begriffen hatten,

welches Instrument sich ihnen zur Auswertung anbot. Als das Jahr 1923 mit Inflation und inneren Aufständen die Regierung in eine besonders hilflose Lage brachte, da mehrten sich zum ersten Mal die Stimmen, die zur Benutzung des neuen Mediums im Sinne der Stabilisierung rieten. Aber Bredo brachte diese Verstrebung zu Fall – der Techniker fürchtete die Politisierung im Sinne einer Partei und nicht des Staates. Und einige tölpelhafte parteipolitische Versuche mögen ihm diese Haltung erleichtert haben.

1926 kommt es dann zur Gründung einer Reichsrundfunkgesellschaft, nachdem vorher neun Sendeanstalten gegründet worden waren, die sich in reichseigener Verwaltung befanden, ihre Sendungen freilich sich von Programmgesellschaften liefern ließen. Die Reichspost galt dabei als das Überwachungsorgan, und Überwachungsausschüsse, die auf ein neutrales politisches Programm zu achten hatten, waren von Vertretern der Länder und des Reiches geschickt worden. Der Rundfunk hatte 1928 so gerade begonnen, alle Möglichkeiten zu entdecken, nun aufgrund der bestehenden Stimmung die Chance einer Autonomie, also der Subjektwirkung [sic!] hätte, er erfand damals Sendereihen mit kontraviktorischen Gesprächen, baute einen eigenständigen Kommentar auf, leitete ein vielgestaltiges Vortragswesen an, das er auf der Basis der pluralistischen Gesellschaft aufbauen wollte. Eine aktuelle Stunde wurde geboren, da beginnt das innenpolitische Handgemenge, ausgelöst durch Wirtschaftskrise und Herrschaftsverlust des Weimarer Staates, beginnt die Auseinandersetzung in der Politik auch auf das Rundfunkwesen überzugreifen, und fast alle Ansätze werden vernichtet.

Nicht, daß der Rundfunk in jenen stürmischen Zeiten des Notverordnungswezens die Stelle des Kreisgesetzblattes als Gesetzesverkündungsorgan eingenommen hatte – so schnell mußte damals gearbeitet werden, das war der Anfang der Tragödie – sondern die Machtübernahme im Rundfunk durch Papen, der kurz nach seinem Regierungsantritt im Juni 1932 sofort eine „Stunde der Reichsregierung“ einführte und damit das Medium eindeutig zu einem Büttel der Regierung werden ließ. Von einer „Stunde des Parlaments“ oder von einer „Stunde der Opposition“ war nie die Rede. Damit war auch zugleich der Boden für weitergehende Usurpationen vorbereitet, und was im Jahre 1933 geschah, ist bekannt: die uneingeschränkte Indienststellung des Rundfunks in den Staat Hitlers, wobei eine gefährliche weltanschaulich-säkulare, ja mythische Grundierung des Vorgangs im Bewusstsein der Masse noch mithalf. Die Publizistik jener Jahre hat bei dem zu Glauben und Aberglauben stets bereiten Volk die Vermutung zur Gewissheit werden lassen, so wie Luther in Gutenberg seine publizistische Entsprechung gefunden habe, so sei auch der vielzitierten Vorsehung daran gelegen gewesen, den Heilsbringer Hitler mit seinen publizistischen Waffen auszustatten, nämlich dem Rundfunk. Und mit diesem Jungteam hat der Verderber des Reiches wahrlich zu spielen verstanden.

Begreiflich, meine Damen und Herren, daß die Besatzungsmächte nach 1945 das genaue Gegenbild eines Reichsrundfunks mit einem Programm anstrebten, wobei die Motivation natürlich unterschiedlich war. Das Motiv ist: möge den Deutschen nie mehr Gelegenheit gegeben werden, von nur einem Sender bedingt und im Gefahrenfall sogar manipuliert zu werden. Dieses Motiv

mischte sich mit dem anderen, das jeder Besatzungsmacht die Chance zu verschaffen suchte, amerikanische, englische, französische und russische Vorstellungen von der Politik jeweils im Besatzungsbereich zu verbreiten. Ich widerstehe der Verlockung hier auszubreiten, was sich in dieser Hinsicht als Ideal und als Wirklichkeit anbot.

Nach 1948 haben dann die einzelnen Landesparlamente die von den Besatzungsmächten geschaffenen Sachverhalte eines föderalen und autonomen Aufbaus des Rundfunks durch entsprechende Gesetze legalisiert. Nach einer Erfahrung von rund 20 Jahren kann man bei Anlegung auch kritischer Maßstäbe gewiß viele Fehler in dieser Konstruktion erkennen. Abstellbare Fehler übrigens, denn die Landesparlamente sind ja in ihren Beschlüssen frei. Aber bei aller Kritik wird meines Erachtens doch der Schluß erlaubt sein, daß von allen denkbaren Systemen das der Bundesrepublik – das auf der Basis der öffentlich-rechtlichen Körperschaften beruht – noch das mit den kleinsten Übeln behaftete ist. Die Alternativlösungen, die hier und da – wenn überhaupt – angeboten werden, scheinen mir jedenfalls keine Gewähr dafür zu bieten, daß das Maß der Freiheit der publizistischen Aussage größer und intensiver sein könnte als beim öffentlich-rechtlichen Status; ich sage: das Maß der Freiheit publizistischer Meinungsäußerung, darum geht es, nicht um die totale Freiheit der Äußerung, nicht also um eine von allen Bindungen des Taktes, des Geschmacks, der Verantwortung für die Gesellschaft losgelöste Presse. Jeder, der ein wenig die Grundgesetze der Publizistik kennt, der weiß, daß man im Umkreis einer solchen Betätigung so weit wie nur möglich ziehen muß, daß Liberalität das Lösungswort

sein muß, daß allein publizistische Leistung herausfordert und verbürgt. Wenn man der dergleichen anerkennt, dann muß die Autonomie der Massenmedien überhaupt davon die Folge sein. Nur so werden Rundfunkanstalten zu publizistischen Lebewesen, die aus Freunden, und die sich zur Durchsetzung ihrer Absichten ganz bestimmter geistiger, organisatorischer und handwerklicher Mittel bedienen.

Was man will, das ist nicht mit letzter Genauigkeit auf ein vorgegebenes allgemeingültiges Koordinatensystem zu projizieren. Jede Anstalt wird sich da in der Praxis zu kleinen Unterschieden verstehen und das macht den Reiz und das Risiko dieser Gebilde aus. Aber es gibt doch wohl einen Konsensus, der sich etwa in dem Dreiklang ausdrückt: Information – Meinung – Bildung. Sofern man nur die Wortbeiträge einbezieht. Bei einer so musikalisch geprägten Einrichtung wie dem Rundfunkbereich muß man im selben Atemzug hinzufügen: Unterhaltung – Erbauung – seriöses Vergnügen – Trost und Entspannung. Wer mit einem solchen Anspruch auftritt, wie die Rundfunkanstalten es tun, der muß nun freilich zuvor nachweisen, daß er bereit, und wo immer möglich auch in der Lage ist, ein so gearbeitetes Instrument, ein vielfältiges, breit gefächertes zum guten Gebrauch wie zum Mißbrauch verlockendes Instrument mit der gebotenen Sorgfalt zu handhaben. Nur weil dem Instrument die Glaubwürdigkeit geschaffen wird und erhalten bleibt, die vom Einklang zwischen Absicht und Vollzug der Aufgaben gefordert ist – nur dann wird das Medium als Subjekt in der politischen Welt aufgefaßt und entsprechend respektiert.

Lassen Sie uns nun, meine Damen und Herren, die Voraussetzung untersuchen, die nach dem Selbstverständnis der Rundfunkanstalten gegeben sein müssen, wenn sie einem solchen Anspruch genügen wollen. Die Voraussetzungen bünden sich, gliedern sich in Bedingungen a) technischer, b) organisatorischer und c) geistiger Art.

Ganz kurz die technischen Voraussetzungen: Will eine Rundfunkanstalt wirklich geachtetes, glaubwürdiges, respektiertes publizistisches Glied und damit Subjekt in der gesellschaftlichen Ordnung sein, so muß der Sendebereich, in dem sie die Sendungen veranstaltet, zu möglichst 100% mit Strahlung, Umsätzen usw. abgedeckt sein, wie der Ausdruck unserer Techniker lautet. Der Rundfunk will ja in die Breite wirken, dazu müssen umgekehrt möglichst viele Empfangsgeräte vorhanden sein, damit den Ausstrahlungen des Rundfunks auch die Aufnahme beim Hörer und beim Sender gesichert ist. Die Bundesrepublik hat im Bereich des Hörfunks, von dem ich ein bißchen mehr sprechen werde als vom Sehfunk, das werden Sie begreifen, ja im Bereich des Hörfunks *ungefähr* den Sättigungsgrad erreicht. Mit 19 Millionen Rundfunkapparaten ist im Grunde jeder Haushalt der Bundesrepublik mit einem Gerät versorgt. Die Tatsache nun, daß Transistoren und Autoradios von der Post wie von Anstalten der Statistik nicht erfaßt werden, erschwert einen genauen Überblick. Man kann nur im Allgemeinen sagen, daß die Zahl der benutzten Apparate sehr viel höher liegen wird als wie von der Post belegt wird. Im Bereich des Fernsehens bewegt sich die Zahl erst auf den Sättigungsbereich zu. Im Augenblick sind in der Bundesrepublik rund 14,5 Millionen Apparate angemeldet, und mit dieser sprachlichen Form

habe ich die Schwarzhörer, wie ich hoffe, taktvoll ausgeklammert. Immerhin rechnen Industrie und Anstalten mit einem weiteren Zugang von rund 2 Millionen Apparaten noch in den nächsten Jahren. Bei 16-17 Millionen Fernsehapparaten und 19 Millionen Radioempfängern ist also eine riesige publizistische Kapazität geschaffen, ein, man darf sagen, so atemberaubendes Potential der Aussage- und Aufnahmechancen, daß vom Technischen her das Gebilde Rundfunk die Bezeichnung Subjekt sich verdient haben dürfte.

Sie mögen mir vorwerfen, Rundfunkleute erlügen allzu leicht der Magie eingebildeter oder wirklicher Zahlen. Ich akzeptiere das, aber doch nur mit Maßen. Und erst wenn ich über die Zeit verfügte, Sie statt nur mit Quantitätsbegriffen auch mit Qualitätsbegriffen zu behelligen, also mit dem Hinweis auf Minderheitenprogramme besonderer Art, auf die Programme des dritten Programms, der dritten Welle – ob Fernsehen oder Rundfunk ist einerlei –, auf die berühmten Opinion-Leaders, die Ihnen bekannt sind, erst dann, wenn ich die Zeit dazu hätte, hätten wir das Thema richtig im Griff.

Aber ich muß mich dem zweiten Abschnitt zuwenden, nämlich den organisatorischen Voraussetzungen. Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, wenn der Rundfunk Subjekt sein will, der Politik oder gesellschaftlicher Kräfte. Um das sein zu können, muß in einer Rundfunkanstalt es Einrichtungen oder Personen geben, die darüber wachen, daß Grundprinzipien der Arbeit eingehalten werden. Anders gesagt: bevor der Rundfunk Subjekt werden kann, muß er erst einmal Objekt der Gesetzgebung und der Statuten-

festlegung gewesen sein. Jedes Land der Bundesrepublik hat sich im Normalfall in dieser Weise betätigt und in einem Gesetz und in dazu passenden Novellen die Rechtsgrundlagen für die Tätigkeit des Rundfunks geschaffen. Die Drohung freilich, dieses Gesetz durch Novellen ändern oder in bestimmtem Sinne interpretieren zu wollen, diese Drohung läßt den Subjekt gewordenen Rundfunk unter Umständen schnell zum Objekt der Politik werden.

Aber halten wir uns zunächst an die Relative von heute. Die Rundfunkgesetze haben in jeder Anstalt Gremien etabliert, die darauf zu halten haben, daß die Arbeit im Rundfunk unter dem Aspekt der Verantwortung vor dem Gesamt-Wohl vorgeht, politisch – rechtlich – finanziell. Die Gremien – also Rundfunkrat, Verwaltungsrat, Programmbeirat, Beirat – diese Gremien werden in einzelnen Sendebereichen vom Landtag von zwei Stufen gewählt. Etwa in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen. In anderen Bereichen – beispielsweise in Hessen – ist von vornherein bestimmt, daß etwa der Landeszentralbank-Präsident, der Präsident hoher Gerichte, der Rektor einer Hochschule oder mehrere von per se Mitglieder des Verwaltungsrates sind. Der Rundfunkrat in München ist nach ausgesprochen ständischen Prinzipien organisiert, was zur Folge hat, daß sich dort Vertreter der Städte, des Sports, der Musiker, der Schriftsteller, der Schulen der Hochschulen, der Frauen und der Journalisten gegenüber sitzen.

Es duldet keinen Zwang, daß die Bereitstellung solcher Gremien durch eine politische Einrichtung wie etwa den Landtag die Versuchung fördert, dem Rundfunkhaus politische Rücksichten

aufzunötigen. Aber die Erfahrung hat gelehrt, daß anders zustande gekommene Gremien von diesen Verlockungen nie ganz frei geblieben sind. Im Übrigen sind Versuche dieser Art vor Wahlterminen häufiger als in normalen Zeiten. In turbulenten Monaten wie den jetzigen noch häufiger als vor Wahlterminen. Und natürlich hängt das Ergebnis dieser Einwirkungsversuche in entscheidender Weise vom Durchhaltevermögen des Intendanten und seiner Mitarbeiter ab. Der Intendant – bei uns vom Verwaltungsrat und Rundfunkrat gewählt – hat in allen Rundfunkgesetzen zunächst einmal ein großes Maß an Vollmachten erhalten, das sich etwa in dem Satz ausdrückt: „Der Intendant leitet die Anstalt selbständig und unter eigener Verantwortung“. Daß dem Ermessenspielraum und Handlungsspielraum des Intendanten noch Grenzen gesetzt sind, versteht sich von selbst. Erwerb und Veräußerung von Grundeigentum, Anleiheaufnahmen, Ausgaben von besonderer Höhe sind ebenso zustimmungspflichtig wie das feste Engagement führender Mitarbeiter. Aber eben auch nur *führender* Mitarbeiter. Und innerhalb dieses Rahmens, meine Damen und Herren, bleibt ein unbestritten breites Feld der Initiative, Phantasie, Verantwortungsfreude für den Intendanten. Es bleibt ein Exerzierfeld auch für Teamwork, für Einzelbegabung kollektiver und subjektiver Publizistik.

Es wäre jetzt drittens zu prüfen: die geistigen Probleme. Dieser Betrachtung hat freilich eine Betrachtung darüber vorauszugehen, auf welche geistigen Leitlinien die Rundfunkhäuser denn etwa durch Gesetz, durch Novelle, durch Statut oder Sondersatzung im Einzelfalle verpflichtet worden sind. Der Laie vermutet, hier habe der Gesetzgeber mit Präambeln, mit hehren Zielsetzungen und

hohen Verpflichtungen der Moral und Ethik nicht gespart. Es bedeutet dann meistens eine kleine Sensation, wenn man etwa den Wortlaut des Rundfunkgesetzes für Nordrhein-Westfalen oder für Niedersachsen und Schleswig-Holstein danach befragt. Der Text verlangt nicht etwa Information, Bildung, Meinung, wie es oft vermutet wird, also nicht konkrete Sachverhalte, fassbare geistige Leistungen, er spricht nurmehr ganz schlicht von Folgendem, ich zitiere den Wortlaut des Gesetzes: „Die Aufgabe der Anstalt ist die für die Allgemeinheit bestimmte Verbreitung von Nachrichten und Darbietung in Wort, Ton und Bild.“ Erst an anderer Stelle später ist dann davon die Rede, daß die Sendungen der Anstalt sich a) im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu halten haben, daß alle weltanschaulichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Richtungen berücksichtigt werden *müssen*, – was der modernen Musik, der modernen Literatur sicherlich nicht zum Schaden sondern zu höchstem Vorteil gereicht hat –, daß man die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung zu beachten habe, daß der landsmannschaftlichen Gliederung Rechnung zu tragen sei innerhalb der Sendebereiche, und schließlich, daß die Nachrichtengebung allgemein, unabhängig und objektiv sein soll. Schließlich gelte es – so heißt es dann zum Schluß – die internationale Verständigung zu formen, zum Frieden und zur sozialen Gerechtigkeit zu mahnen, die demokratischen Freiheiten zu verteidigen und nur der Wahrheit zu dienen. Die Anstalt dürfe – das ist die letzte Forderung – in ihren Sendungen nicht einseitig einer Partei oder Gruppe, einer Interessengemeinschaft, einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung dienen.

Der Wortlaut dieser Grundprinzipien ist sowohl in dem Gesetz

über den NDR wie dem Gesetz über den WDR enthalten. Und die anderen Landesgesetze enthalten dem Sinne nach ähnliche Vorschriften. Nachdem rund 20 oder 15 Jahre seit Erlaß dieser Richtpunkte vergangen sind, liegt eine Fülle von Erfahrungen – freudvolle und leidvolle Erfahrungen – vor. Die Aufforderung, nur der Wahrheit zu dienen, das haben Sie bemerkt, meine Damen und Herren, hat projekteischen Charakter. Die Pflicht, alle Sendungen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu halten ist in Zeiten turbulenter Verstöße gegen einige Passagen des Grundgesetzes oder gegen die parlamentarische Regierungsweise zu einem Auftrag geworden, der oft mehr die Verfassungsjuristen als die Publizisten in einem Rundfunkhaus beschäftigen kann. Und es steht nur dann gut um ein solches Haus, wenn sich die den Journalisten eigene verantwortungsbewußte Liberalität gegenüber zu engherzigen Paragraphenauslegern durchsetzt. Aber ich möchte mich in dieser Stunde weder der Pilatus-Frage, was denn Wahrheit sei, ausliefern, weil ich, obwohl Journalist, dazu nicht vermessen genug bin, noch möchte ich hier das Grundgesetz hier mit seinen Nuancen und seinen Grenzen reflektieren.

Ich spreche jetzt, meine Damen und Herren, vom täglichen Kampf und davon, wie sich die von uns allen uneingeschränkt anerkannte Forderung durchsetzen lasse, die Nachrichtengebung solle unabhängig und objektiv sein, und es dürfe keiner Partei, keiner Gruppe und keiner Weltanschauung in den Kommentaren nach dem Munde geredet werden. Also muß die eine grundsätzlich nur gelobt, die andere grundsätzlich nur diskriminiert werden. Für die Nachrichtengebung im Hörfunk haben wir in unserem eigenen Hause einen Katalog von 10 Bedingungen

erarbeitet, dessen strikte Einhaltung uns ein wahrhaft ideales Ergebnis vermitteln dürfte. Aber auch wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich in solchen Fällen manchmal doch nur um eine Rauchschrift handeln kann, ja wenn ein Himmel gemalt und von den Dringnissen des hektischen Alltags zu weilen verscheucht wird, so bleibt eben doch immer die Verpflichtung für die Verantwortlichen, die entscheidenden Forderungen dieses Katalogs gegenüber den Mitarbeitern nicht nur mit kollegialem Schulterklopfen sondern u.U. auch mit Härte durchzusetzen. Soweit ich sehe, reicht freilich der Teamgeist in einer Anstalt, der den Rundfunk als einen uns allen gemeinsamen immer gefährdet [sic!], und daher immer durch hohe Leistungen verteidigende Sache aus [sic!], um im Regelfall die Einhaltung selbst gesetzter Grundgesetze zu verwirklichen. Der Katalog, von dem ich sprach, sieht beim Hörfunk wie folgt aus:

a) Die Nachrichten müssen aktuell sein. 25-mal am Tag werden Nachrichten gesendet. Nachrichten im Hörfunk sind wie ein Nachrichtenfilm, der vorüberzieht, der dauernd läuft im Vergleich zur Zeitung, bei der alle 24 Stunden eine Momentaufnahme gemacht wird.

b) Die Nachrichten sollen universell, d.h. allgemein interessierend sein, gesellschaftlich politisch relevant. Beispiel: Die Aufmachung der Bildzeitung, die davon spricht, daß ein Vater wieder sein Kind mit glühenden Zigaretten mißhandelt habe, ist politisch gesellschaftlich irrelevant, sie dient der Sensation, nicht der Information. Nur Relevanzen sind von Belang. Freilich, Relevanzen wechseln rasch. Und der Rundfunk hat sich im Aufspüren der

Relevanzen zu betätigen.

c) Die Nachrichten müssen genau sein. Wenn Sie jemals mit Journalisten gesprochen haben, wissen Sie, daß die berühmten fünf W entscheidend sind: Wer Was Wie Wo Warum. Diese fünf Fragen müssen bei jeder Nachricht gestellt werden, damit die Präzision hervorgeht. Erst die Amerikaner – und lassen Sie mich das persönlich sagen – haben uns die Genauigkeit im Nachrichtenwissen gelernt. Ich habe fünf Jahre bei der Alten Kölnischen Zeitung verbracht, und behauptete, ein wenig von Journalismus mitbekommen zu haben. Was Journalismus im Nachrichtensinne ist, haben mir erst die Amerikaner nach 1945 beigebracht. Meine Damen und Herren, objektiv sollen die Nachrichten sein, d.h. es darf nichts weggelassen werden, was wesentlich ist und nichts hinzugefügt werden, was unwesentlich wäre. Es darf keine hämische Bemerkung einfließen, etwa: „... und wieder hat sich der Minister soundso es nicht nehmen lassen...“ Es darf auch nicht gesagt werden, „es würde getötet“, wo gemordet wurde, und es darf erst dann gesagt werden „gemordet“, wenn es feststeht, daß wirklich ein Mord vorlag und nicht nur ein Totschlag. Das Problem hat bei der Berichterstattung über Ärzte von Hue eine beachtliche Rolle gespielt.

d) Die Nachrichten müssen komplex sein, komplettierend sein. Vergangenheit und Gegenwart müssen sie einbeziehen, damit nicht punktuell informiert wird sondern auch im Zusammenhang. Wenn Eisenhowers Krankheit wieder ausbricht, muss darauf aufmerksam gemacht werden, daß er schon früher krank war, und wenn Strauß wieder einmal ein neues Ministeramt antreten sollte,

muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß er früher auch schon andere verwaltet hat, nicht nur Verteidigungsminister war.

e) Meine Damen und Herren, im Funkstil müssen Nachrichten vorgebracht werden. Auf's Ohr gezielt muss die Information durch den Hörfunk sein. Vermeidung von Hörfehlern ist wichtig. Wir sagen nicht, „es wurde keine Lösung erzielt“, weil „keine“ und „eine“ mißverständlich wäre. Es muß heißen: „Eine Lösung wurde nicht erzielt.“

f) Die Nachrichten müssen populär sein, meine Damen und Herren, möglichst ohne Fremdworte. 80% unserer Hörer haben nur Volksschulbildung. Was sollen die armen Menschen anfangen, mit Berichten von der EWG und anderen Problemen, die noch schwieriger sind, wenn nicht versucht wird, das einigermaßen in deutsche Formen zu bringen, was häufig [sic!].

g) Die Nachrichten sollen farbig sein. Eine Forderung, die hier und da für illusionär gehalten wird. Ich pflege immer meinen lieben Mitarbeitern ein wenig den Schweizer Rundfunk vor Augen zu führen, der sich eine sehr farbige Sprache, auch im Nachrichtenwesen, erhalten hat, und der etwa sagt: „Der Souverän hat gestern Abend die Vorlage bachab geschickt“, statt zu sagen: „Die Volksvertretung hat beschlossen, daß das nicht geschehe usw.“

h) Meine Damen und Herren, die Nachrichten sollen grammatikalisch richtig sein und Sie werden mich fragen, ob das eine Forderung sei, die überhaupt noch aufgenommen werden muß in den Katalog, sie muß es. Wir sind gehalten, beim Konjunktiv die

äußerste Strenge walten zu lassen, denn der Konjunktiv ist ja ein entscheidendes Indiz für eine gute Nachricht und eine präzise Aussage. Die Schlamperei, die sich Gerhard Hauptmann hat zu Schulden kommen lassen, als er „er sei“ und „er wäre“ austauschbar machte, diese Schlamperei darf bei uns nicht Einzug halten.

k) Dramaturgischer Aufbau, Ordnung der Nachrichten nach Innenpolitik und Außenpolitik, Sozialpolitik und Vermischtem. Es versteht sich von selbst, und trotzdem können Sie sich vorstellen, daß man Nachrichtenpolitik machen könnte, wenn man in dieser Hinsicht nicht Ordnung hielte.

Sie fragen jetzt, meine Damen und Herren: Wer garantiert bei einem so riesenhaften Angebot von 20, 25, 28 Sendungen pro Tag, das sind 2 ½ Stunden, die Einhaltung der Objektivität. Folgende Hilfsmittel sind zunächst gegeben. Alle verfügbaren Agenturen sowie eigene Korrespondenten versorgen ein solches Haus. 300.000 Worte fließen ein, 30.000 werden ausgestrahlt, ein Zehntel dessen, was einkommt, kann nur verbraucht werden. Quantität wandelt sich in diesem Falle automatisch zur Qualität, da alles Verfügbare zum einen Thema ausgewertet werden kann. Niemals nur ein Redakteur allein, immer zwei oder drei sind mit der Nachrichtenarbeit beschäftigt. Im Schichtbetrieb selbstverständlich, denn 24 Stunden lang sendet ja das Rundfunkhaus. Ungewollt übt also einer die Kontrolle über den anderen aus, durch den anderen aus. Und selbst *wenn* einer auf journalistische Abwege geriete, würde es schnell bemerkt werden und reguliert. Stetige Kontrolle auch durch Vorgesetzte und den Nachrichten-

chef. Leider immer nur nachher, denn selbst dieser Mann, spezialisiert auf Nachrichten, kann nicht alle Nachrichten, die ausgestrahlt werden, vorher, wie das sonst ein Chef tut, lesen und sehen, später der Chefredakteur, später der Programmdirektor usw. Eine wichtige Kontrollinstanz: Die Pressegesetze der Länder sehen einen Berichtigungszwang auch für Rundfunkanstalten vor, Berichtigungszwang, der ja vorher nur für die Presse gegolten hat.

Auf die Gefahr hin, meine Damen und Herren, von Ihnen für einen Mann gehalten, der, weil er vom Hörfunk kommt, arg pro domo spricht, möchte ich doch sagen, daß die Nachrichtengebung meines Mediums einfach von der Natur der Sache – das ist kein Verdienst – von der Natur der Sache sich als differenzierter, subtiler, also die Realitäten besser spiegelnd erweist im Vergleich etwa zum Fernsehen, auf das ich nun kurz eingehen möchte. Auf Bilder und Filme, als dessen, als diesem Medium nur einmal eigene und vorbestimmte Elemente, zu jeder Zeit angewiesen zu sein, das ist eine schwere Prüfung, die unseren Nachrichtenkollegen vom Fernsehen auferlegt ist. Fernsehen will durch optische Belege informieren. Wo findet man sie zur rechten Zeit zur rechten Stunde. Das interessante, das sensationelle Bild ist nicht immer das wahre Bild, das wissen wir.

Auf der anderen Seite muß man Verständnis dafür haben, daß der Mann der Tagesschau nicht nur ein photographierter Sprecher des Hörfunks sein möchte oder sein darf. Es scheint freilich, als ob durch immer stärkeren Ausbau der Informationswege, ob nun rein technischer oder personeller Art, sich die Breite des Bild- und

Filmangebots ausdehnt, so daß der Zufall, der Zufall, der so häufig den Bildvorrat bestimmte, immer mehr ausgeschaltet werden kann. Im Grunde könnte und müßte aber der für den Hörfunk gültige Katalog, freilich mit den vom Medium bestimmten Abwandlungen, auch für das Fernsehen möglich und damit verbindlich sein, etwa aus Objektivität, Komplexität u.a. Und ich zolle den Kollegen vom Fernsehen dann meinen uneingeschränkten Respekt, wenn es nun im Nachrichtendienst, denn nur davon ist die Rede, wenn es ihnen im Nachrichtendienst gelingt, in etwa 60-75 Sekunden das Fazit einer Tagung oder einer Kundgebung mit dem Kern dessen, was sie erbracht hat, mit ihrer Folklore, mit ihren Ambienten, mit Beifall und Mut wahrheitsgetreu dem Fernseher darbringt.

Streng von den Nachrichten – Sie wissen es – sind zu scheiden die Meinungsäußerungen der Kommentatoren, für die in den Rundfunkanstalten sich ein breites Betätigungsfeld bietet, insbesondere wiederum im Hörfunk. Es gibt nicht die Meinung einer Rundfunkanstalt – das wissen Sie – es gibt nur viele Meinungen im Rundfunk, in [sic!]. Eine sehr große Anstalt strahlt täglich bis zu 10 Hörfunkkommentare aus, in der Regel sind es 8 aber [sic!]. Der Differenzierung der Themata und der Auswahl höchst verschiedener Kommentatoren ist damit jede Chance geboten. Auch hier, im Vergleich zum Fernsehen betrachtet, das in der Regel – wie Sie wissen – nur einen Kommentar pro Tag kennt. Hier wird von der Konkurrenz der Chefredakteure aller ARD-Anstalten festgelegt, und zwar einmal oder zweimal in der Woche für die ganze Woche, was eine hohe Problematik hat. Ob wirklich jeder relevante Meinungsspielraum eingenommen wird, das hängt ent-

scheidend wiederum davon ab, wer den Autoren das Wort erteilt, im wahrsten Wortsinne das Wort erteilt.

Hier gibt es im Rundfunk eine demokratische Einrichtung, sie nennt sich Redaktionskonferenz, geleitet vom Chefredakteur einer Anstalt, der die anstehenden Themata des Tages täglich dort zur Debatte stellt und zur Entscheidung bringt. Die Konferenz – die Redaktionskonferenz dieses Hauses, das zu vertreten ich die Ehre habe, wird von etwa 70-90 Redakteuren beschickt, die zu je 25 in Köln und Hamburg versammelt sind, während die übrigen – durch ein Mikrofon miteinander verbunden – in Bonn, in Düsseldorf, Berlin, Münster, Bielefeld, Dortmund, Hannover, Kiel, Oldenburg und anderswo sitzen und mitbeteiligt sind. Ein politisch so weit gefächertes Gremium, eine von der Fachvorbildung und den Temperamenten her so verschieden geprägte Sammlung sorgt eigentlich von selbst dafür, sofern sie aufpasst, daß die Kommentierung nicht kopflastig nach dieser oder jener Seite hin wird. Journalisten pflegen bei Gesprächen untereinander noch weniger zimperlich zu sein als beim Gespräch mit Außenstehenden, und so ergibt sich, auch wenn nicht alle 70 zu Wort kommen können, eine Debatte über das, was kommentarwürdig ist und was nicht. Im Endeffekt – so meinen wir – [sic!] der da lautet, fair jeder politisch relevanten Auffassung in unseren Ausstrahlungen Raum zu geben.

Jetzt haben Sie vielleicht den Einwand bereit, meine Damen und Herren, es sei von größtem Belang, zu wissen, wer denn diese Redakteure ins Rundfunkhaus holt. Das ist die Sache des Chefredakteurs und des Programmdirektors, die gemeinsam und in

eigener Verantwortung, diese Auswahl, sofern sie ein gutes Programm machen wollen, und das wollen sie ja, nach Qualitäts Gesichtspunkten vorgehen. Wir werden uns an dem Maßstab bedeutender Zeitungen mit überregionalem Charakter orientieren und nicht auf die Dörfer gehen. Und wenn es je vorgekommen sein sollte, daß wir einer Empfehlung nachgegeben hätten, die nicht auf sachlicher Beurteilung beruhte, dann hat es sich zu unser aller Genugtuung sehr schnell herausgestellt, daß der ins Funkhaus gebrachte sogenannte Konzessionsschulze im harten journalistischen Wettbewerb innerhalb des Hauses den Atem verlor und es ihm die Sprache verschlug, was bekanntlich vor dem Mikrophon so gut wie tödlich wirkt. Je gründlicher nun das Prinzip weit gestreuter Kommentatoren und weit gestreuter Themata befolgt wird, umso mehr ist daraus die Rechtfertigung abzuleiten, daß das vorhandene Thema kommentiert, mit Engagement und mit Mut vorgetragen wird. Denken Sie an Peter Bender u.a. [sic!] auch da freilich immer Fairneß und Sachkunde vorauszusetzen wären. Hier aber nun zeigt sich häufig, daß wir es mit einer Hörerschaft und mit Fernsehteilnehmern zu tun haben, die in viel zu vielen Fällen die demokratische Gesinnung vermissen lassen, die sich intolerant geben und offenbar nur schwer lernen wollen, daß die pluralistische Gesellschaft sich in vielen Facetten manifestiert.

Sonst wären Entrüstungstürme und Kampagnen, wie wir sie aus [sic!] erlebt haben, nicht möglich. Kampagnen aus berechtigtem Anlaß, also dann, wenn Fehler, richtige Kunstfehler gemacht werden, sind legitim, und sie werden auch bei uns im Hause respektiert. Vielleicht nicht immer von dem, der die Panne ver-

ursacht hat, aber das ist menschlich. Denn nur, wenn wir Fehler eingestehen, behalten wir unsere Glaubwürdigkeit, versagen wir uns das Recht der Autonomie, das Recht Subjekt zu sein, das uns die Freiheit des Handelns auch über nun begangene Fehler hinaus gewährt hat. Freilich, ein Fehler liegt nicht schon deshalb vor, wenn eine Partei oder andere gesellschaftliche Gruppe lautstark Kritik übt, wenn gesteuerte Protestschreiben ins Haus flattern, oder wenn gar zu Kundgebungen gegen Funkhäuser aufgerufen wird. Schon dann, wenn ein angebliches Versagen von den Gremien des Hauses behandelt wird, gilt eine sachlichere Beurteilung Platz zu greifen, weil sich die verschiedenen Gruppen in den Gremien ja doch gegenseitig auf die Finger sehen und sich sozusagen in der Kampagne neutralisieren. Aber, um wie viel verlässlichere Maßstäbe bei der Beurteilung von Fehlern gewönne man, wenn strittige Sendungen von bedeutender Tragweite einem fachlichen Ehrengericht zur Entscheidung überwiesen würden, in einem Zeitalter, in dem die Wissenschaft, insbesondere die Publizistik, die Soziologie, die Psychologie und anderes Urteilskategorien für das anscheinend unmessbare an die Hand geben, in einem solchen Zeitalter müsste es möglich sein, genau zu definieren, ob die Sendung X die Grundprinzipien unseres Standes verletzt oder nicht. Was die Zeitungsleute im Presserat, was die Ärzte und Rechtsanwälte in ihren Gremien können, das sollte uns Funkleuten eigentlich nicht versagt bleiben dürfen.

Mit diesen Hinweisen, meine Damen und Herren, meine ich freilich auch schon den Einstieg in das letzte Kapitel meiner Darlegungen gewonnen zu haben, das sich nun mit den Versuchen und den Versuchungen befaßt, den Rundfunk als Objekt der Poli-

Politik zu betrachten und entsprechend zu behandeln. Objekt ist hier nicht allein im Sinne eines Eigenstandes zu sehen, dessen man sich bemächtigen will, sondern auch in dem Sinne, daß dieser Gegenstand dazu dient, einfach eine Figur auf dem Schachbrett der Politik zu sein. Ein hervorragendes Beispiel in diesem Sinne bietet nach meinem Dafürhalten die Frage der Gebührenerhöhung, die keineswegs immer von den Politikern unter dem Blickpunkt sachlicher finanzieller Erwägungen, sondern auch unter dem Aspekt betrachtet wird, wie sich dieses Problem politisch verkaufen lässt, wie also das Jungteam von do ut des gebührend ins Spiel gebracht werden kann. In der gleichen Linie liegt das Bestreben, den Rundfunk einfach als Watschenmann zu etablieren, wenn etwa ein Sündenbock für eine verlorene Wahl, für eine gescheiterte Gesetzesvorlage oder für anderes gesucht wird. Jeder, der sich ein wenig in den Kommunikationswissenschaften auskennt, der weiß aber, daß die Massenmedien selbst Politik nicht machen können und auch [sic!] nicht machen wollen, und daß es ihnen in Sonderfällen höchstens einmal gelingt, einen herrschenden Trend zu intensivieren. Hier gilt also der alte Satz des Generals von [sic!]: „Ich gloobe, Majestät überschätzen mir!“

Daß auf dem politischen Schachbrett auch mal eine Intendantenfigur gegen eine Figur ähnlicher Größenordnung im politischen Bereich gestellt wird, die Parteien also untereinander auszumachen suchen, daß bei einer Zustimmung für A durch diese Partei ein Plazet für B durch jene Partei erreichbar sei, diese Möglichkeit wird hier und da nicht auszuschließen sein. Und wenn in beiden Fällen redliche und in der Qualität unbestrittene Personen dabei zum Zuge kommen, mag das Verfahren sogar hinreichen.

Die Alternative nämlich, eine Ernennung von Intendanten durch die Staatsspitze [sic!], ist gewiß nicht frei von Problematik.

Aber der Alltag von Rundfunkanstalten sieht ja nun ganz anders aus. Der ist eben gekennzeichnet durch ein kunstvoll differenziertes Bemühen gesellschaftlicher Kräfte, insbesondere also von Parteien und Verbänden, auf das Programm von Rundfunkanstalten dadurch einzuwirken, daß man möglichst Sendezeiten erwirkt, also die sog. [sic!] oder, daß man von Fall zu Fall in einer Einzelsendung Einflüsse zu erreichen sucht. Das [sic!], die festgelegt auf Tag und Stunde festgelegte Sendezeit, gilt bei diesen Bestrebungen als der Hauptgewinn. Denn er verheißt, daß bestimmte Themata überhaupt im Programm vorkommen, wobei es beinahe von zweitem Rang ist, ob diese Themata dann positiv oder mehr negativ abgehandelt werden. Hier setzen die Bauern, die Handwerker, die Vertriebenen, die Kirchen, die freireligiösen Gemeinden, die Arbeitgeber, die Gewerkschaften, aber auch die Hochschulen, die Einzelhändler, die Juristen, die Autofahrer, ja die Briefmarkensammler und die Käferfreunde an, um im Sinne ihrer Auffassungen Eingang und Berücksichtigung im Programm zu finden. An sich braucht diese Interessenwahrung nicht illegitim zu sein. Denn in diesen Themenfeldern, von den Käfer- und Briefmarkensammlern vielleicht abgesehen, ist unser relevantes Dasein angesiedelt. Und das wären ganz von selbst unsere Themata. Selbst wenn es Institutionen dafür und draußen gar nicht gäbe. Nun sind wir ja gehalten, diese Stoffgebiete nach unseren, nach den journalistischen Grundgesetzen zu behandeln, also fair, objektiv, differenziert und mediengerecht. Und die Art und Weise, wie uns da von den Interessenten Mithilfe angedient wird, um es

untertreibend zu sagen, ist im Regelfall das Gegenteil. Denn die Lobby ist wach, ist einflußreich und unerbittlich. Sie wählt also die offene, die aggressive Mithilfe, weil sie unterschwellig verschwörerisch [sic!]. Geht einer Sparte nicht das nach Wunsch, was sie durchgesetzt oder an den Mann gebracht zu sehen versucht, dann wird sie ihr Verbandsorgan benutzen und entweder die ganze Anstalt oder ein Ressort der Anstalt mangelnder Objektivität, mangelnder Aufgeschlossenheit oder mangelnder journalistischer Qualität beschuldigen.

In diesen Jahren haben sich die Vertriebenenverbände, nicht immer die Vertriebenen selbst, an die Spitzen solcher Kampagnen zu setzen gewußt, gefolgt von Bauerninteressenvereinigungen, diese gefolgt von Arbeitgeberverbandsfunktionären. Die offene Form einer solchen Polemik hat dann vielfach noch den Anflug von Redlichkeit im Vergleich zur versteckten, die sich im Druck nicht nur auf die Spitze des Hauses sondern auch auf die Abteilungen und auf die Ressorts äußert und die [sic!] oder auf noch anderen Umwegen vor sich geht. Schon die vielleicht gar nicht so ernst gemeinte Drohung mit einem Prozeß, etwa gerichtet an den Wirtschaftsfunk, könnte ja angesichts der Schadensersatzzifferen, bei denen es im Bereich der Massenmedien geht, den kleinen Ressortchef im Wirtschaftsfunk einer Abteilung oder einer anderen Abteilung zu Handlungen gegen sein verletztes Gewissen veranlassen. Zumindest könnte eine solche Drohung seinen Elan dämpfen und Ermüdungserscheinungen aufkommen lassen. Man muß nicht Marx gelesen haben um zu wissen, daß bei der Verfolgung von wirtschaftlichen Interessen im allgemeinen nicht zimperlich verfahren wird, und so brauche ich Ihre Phantasie

nicht weiter zu bemühen, wobei ich fairerweise nur anfügen muß, daß natürlich auch durch Massenmedien wirtschaftlicher Privatschaden angerichtet werden kann. Die Schallplattenindustrie, die den Rundfunk nicht als [sic!] – Partner, sondern auch einmal eine Zeit lang als Objekt betrachtet hat, das erwies sich vor Jahren, als plötzlich diese Industrie mit der Erhöhung von Lizenzgebühren drohte, mit einer Erklärung, die so überdimensioniert war, daß man nur sagen konnte, hier ist der Rundfunk Objekt, er soll Objekt werden und nicht mehr Partner, mit dem man sich auseinandersetzen kann.

Aber das Bild – um zum Schluß zu kommen – bedrohter Autonomie des Rundfunks wäre unvollständig, wenn ich nicht ein letztes Phänomen kurz charakterisierte, das ebenfalls unsere journalistische Arbeit zum Objekt herabdrücken könnte. Ich spreche von der Gefahr, die der Anstalt aus dem eigenen Hause droht. Je größer sie werden, diese Anstalten, – und große Häuser haben heute 2.500-3.000 bis 3.500 fest angestellte Mitarbeiter – desto mehr und desto präziser muß die Verwaltung dieses Gebildes durch Anweisungsstatuten, Reglements für geordneten Ablauf sorgen. Hier treffen aber dann sehr oft die m.E. einzig verbindlichen journalistisch-künstlerischen Erwägungen mit Brisanz auf eine rein verwaltungsmäßig bestimmte Betrachtungsweise. Und hier brechen Konflikte auf, die leider immer weniger zugunsten der Autonomie oder des Programm entschieden werden. Ein Rezept mit sicherer Heilkraft für alle diese Fälle wird nicht zu finden sein. Aber es würde genügen, daß bei den Programmverantwortlichen an jedem Tag und zu jeder Stunde die Wachsamkeit waltet, die sofort signalisiert, daß dem Subjekt Rundfunk

von dieser oder jener Stelle Gefahr droht, daß also wie beim Bankhaus einfach die Alarmanlage funktioniert. Es würde genügen, daß im Bereich des Programms äußerste Empfindlichkeit gegenüber allen Einflußversuchen gepflegt und gegebenenfalls anezogen wird; es würde genügen, daß sich Corpsgeist einstellt und propagiert wird, nicht nur im eigenen Hause sondern bei allen Anstalten. Und doch genügt auch das alles nicht. Um Mithilfe von draußen, also auch von Ihnen, wird gebeten.

3

Protokoll

Diskussion des Vortrags von Fritz Brühl

Frage: Könnten Sie bitte noch ausführen, in welchem Maße der Proporz Einfluß auf die objektive Nachrichtenübermittlung hat?

Brühl: Ich habe von Proporz bewußt nicht gesprochen. Denn Proporz würde doch bedeuten, daß für jede Person einer von dieser und einer von jener Seite eingestellt würde. Das aber könnten wir uns finanziell nicht leisten! Bei Einstellungen richten wir uns im Grunde nach dem Prinzip, für eine breite Kommentierung Persönlichkeiten zu finden, und nicht nach der Parteifarbe zu sehen. Daß man einen katholischen und einen evangelischen Kirchkfunkmann haben muß, werden Sie einsehen; und so z.B. erfordert auch die Welt der Arbeit einen sozialpolitisch geprägten Mann – etwa einen Gewerkschafter. Hier ergibt sich zuerst einmal eine Differenzierung von der Sache her, die die Entscheidungen bei Einstellungen bestimmen.

Frage: Wenn auch die Redakteure weniger nach politischen Gesichtspunkten ausgesucht werden sollten, so ist aber dennoch der politische Druck auf den Inhalt ihrer Sendungen sehr erheblich, wie es sich am Beispiel der Magazin-Sendungen gezeigt hat. Hier wurden z.B. Sendungen vom Programm gestrichen, die später an anderer Stelle unter anderer Regie wieder auftauchten. Das bedeutet dann im Allgemeinen auch eine Entlassung oder Versetzung der Redakteure.

Brühl: Dazu kann ich nur sagen, daß ich keinen Fall bei unseren 22 Nachrichtenredakteuren kenne, in dem eine Entlassung oder Versetzung in eine geringerwertige Position ausgesprochen wurde.

Und nun zu den Magazin-Sendungen: Wenn sich herausstellt, daß dieser oder jener Redakteur mehrfach ausgesprochene Kunstfehler gemacht hat, d.h. er gegen Grundprinzipien des Journalismus verstoßen hat, dann ist er – selbst bei einem sehr liberalen Intendanten – vermutlich nicht zu halten.

Frage: Es lassen sich häufig gerade politische Differenzen zwischen dem Hessischen und dem Westdeutschen Rundfunk feststellen. So wurde z.B. die „Tet-Offensive“ im Februar dieses Jahres in Vietnam von dem einen als „kommunistischer Vietcong-Terror“ und von dem anderen als „Aktionen des Vietcong“ bezeichnet.

Oder aber wie verhält es sich mit der Behauptung, daß die Demonstrationen am 1. Mai in Berlin von der SED gelenkt worden sein sollen. Diese Sachverhalte lassen sich mit rein juristischen Kategorien nicht mehr fassen und bedürfen der politischen Erklärung. Welche politischen Faktoren sind es also, die die Tendenz der Rundfunkanstalten durchgängig bestimmen?

Brühl: Der Druck auf das Fernsehen als das im Augenblick mächtigere und faszinierendere Medium ist ungewöhnlich stark. Das ist richtig! Das zeigte sich an der Auseinandersetzung W. Höfer – H. Nannen (um die Vergangenheit H. Lübkes zur Zeit des Nationalsozialismus), an der unser Haus sehr beteiligt war. Aber

hier zeigt sich auch, daß man solch eine Sendung verantworten und auch dafür einstehen kann, ohne dabei gleich umgeworfen zu werden.

Zu Ihrer Frage bedarf es einer eingehenden Untersuchung, und man muß sich davor hüten, hier eine zufällige Auswahl zu treffen. Wenn die Unterschiede aber so gravierend sein sollten, wie das von Ihnen geschildert wurde, dann ist das sehr bedauerlich. Es kann natürlich sein, daß z.B. ein besonders junger Redakteur von der Masse des Materials überwältigt wird und in der Eile nicht die letzte Präzision an seine Arbeit legt. Dann handelt es sich aber nicht um die Einflußnahme einer Partei. Dafür ist dieses Gewerbe zu hektisch! Es gibt Leute, die behaupten, Herr Dufhues lese die Kommentare, bevor sie ausgestrahlt werden. Soviel Naivität gibt es leider noch!

Wenn Sie gelegentlich journalistisch unzulässige Gleichsetzungen wie „Vietcong gleich Kommunisten“ hören, dann hängt das u.U. auch damit zusammen, daß die Liberalität unseres Rundfunkhauses bis zum Exzess getrieben wird. Ein Beispiel: Seit vielen Jahren trete ich dafür ein, daß wir DDR sagen. Diese Sprachregelung hat sich auch weitgehend durchgesetzt außer bei einem oder zwei Mitarbeitern, die sagen: „Ich habe die Freiheit, den Ausdruck zu wählen, der mir adäquat erscheint“, und das ist dann im Allgemeinen: Mitteldeutschland. Wir sind jetzt dabei, diese Frage arbeitsrechtlich zu klären. Sie sehen aber daraus, wie weit die Loyalität in diesem Hause getrieben wird, solange keine juristischen Grundlagen vorliegen. Das halte ich für richtig, auch wenn ich mir jetzt vor diesem Forum darum entsprechende

Vorwürfe machen lassen muß.

Frage: Haben Sie einen Überblick darüber, in welchem Ausmaße Kriminal- und Agentenfilme bildend oder verbildend auf das Publikum wirken? Welche politische Funktion bei diesen Sendungen im Hinblick auf die Vermittlung und Verfestigung eines gewünschten Freund-Feind-Schemas besteht?

Brühl: Psychologen haben herausgefunden, welche Filme zur Aggressivität führen und welche nicht und in welchem Alter man besonders dafür empfänglich ist. Es kommt vor, daß z.B. ein Junge einen Mord genau so ausführt, wie er tags zuvor im Fernsehen gezeigt wurde. Da gibt es in der Tat Probleme! Es wird aber im Allgemeinen versucht, eine solche Linie zu finden, die einerseits das Unterhaltungsbedürfnis der Massen natürlich befriedigt und andererseits dieselben Massen davor bewahren soll, daß sie geschädigt werden.

Ob allerdings jeder Fernsehdirektor die Dinge gleich so weit durchschaut, daß er die darin enthaltenen politischen Freund-Feind-Verhältnisse erkennt, daß weiß ich nicht, das kann in der Hektik u.U. übersehen werden.

Hofmann: Es ist doch erstaunlich, daß der größte Teil unserer Bevölkerung noch immer höchst mangelhafte Vorstellungen von den Notstandsgesetzen hat. Läßt sich das nicht auch auf die verhältnismäßig geringe Berichterstattung der Rundfunkanstalten zurückführen?

Brühl: In diesem Zusammenhang möchte ich an die Hearings erinnern, die das Problem in aller Breite drei bis vier Tage lang im Fernsehen und Hörfunk dargestellt haben. Ich gebe zu, die Übertragungszeiten lagen nicht immer günstig, aber das war an Schwierigkeiten gebunden, die jede Live-Sendung bereitet. Zudem brachten wir abends etwa zwei Stunden lang noch einmal zentrale Ausschnitte für diejenigen, die tagsüber gearbeitet haben und die Originalübertragungen nicht hören konnten.

Frage: Können Sie uns sagen, wie hoch die finanzielle Abhängigkeit der Funk- und Fernsehanstalten von der Privatwirtschaft ist? Wie hoch z.B. die Einnahmen durch Werbesendungen sind?

Brühl: Das ist sehr unterschiedlich, denn Sie müssen wissen, daß es nördlich der Lahn – so im Bereich des WDR und des NDR – im Hörfunk keine Werbung gibt. Wir überlegen aber, ob nicht auch der WDR und der NDR im Hörfunk zu Werbesendungen übergehen soll, damit auf diese Weise unser Budget aufgebessert wird. Wenn Sie nämlich überlegen, daß wir für 2,- DM nach wie vor vier Programme pro Tag mit 50 Stunden ausstrahlen, daß diese Programme immer teurer werden, und die Konkurrenz zwischen Funk- und Fernsehanstalten sich ständig verschärft, dann werden Sie sich vorstellen können, daß damit nicht mehr auszukommen ist. Eine andere Lösung wäre allerdings dann möglich, wenn sich die Politiker entschließen könnten, die Hörfunkgebühren von 2,- DM auf etwa 3,- DM zu erhöhen.

Fernsehwerbung dagegen ist allgemein und sie macht einen

beträchtlichen Teil des Geldes aus, mit dem wir arbeiten. Das Aufkommen an Gebühren beträgt etwa 250 Millionen DM und die Einkünfte aus der Werbung liegen zwischen 30-40 Millionen DM - also ungefähr ein Achtel. Wenn das wegfallen müßte, so wäre das für viele Programme tödlich!

Hofmann: Lieber Herr Dr. Brühl, in einer Nachricht des Industriekurier vom 16.11.67 erklärte der Intendant des Bayrischen Rundfunks, Herr Wallenreiter, daß der Übergang zur Stereophonie sowie zum Farbfernsehen eigentlich auf einen Wunsch der Industrie zurückzuführen sei. Der Umstand, daß beim Hörfunk Marktsättigung eingetreten ist - wie auch Sie ausführten -, daß beim Fernsehen Marktsättigung in absehbarer Zeit erreicht werden dürfte, läßt das auch vermuten. Es wird also gesagt, die Industrie habe mehr oder minder Druck ausgeübt - auch auf die Bundespost. Wie würden Sie diesen Übergang beurteilen?

Brühl: Hier fallen zwei Motive zusammen, die sich in der Tat nicht immer trennen lassen. Zunächst haben wir als Rundfunkanstalten die Pflicht, von neuen technischen Möglichkeiten so schnell als möglich Gebrauch zu machen. Und das war in diesem Fall für das Medium Hörfunk die Stereophonie. In anderen Ländern, z.B. den USA, gibt es sie schon lange. Gleichermäßen ist natürlich auch die Industrie daran interessiert, diese neuen Geräte zu verkaufen. Wir waren zu diesem Zeitpunkt mit unseren technischen Vorbereitungen noch nicht so weit, stereophone Sendungen ausstrahlen zu können und hätten es gerne gesehen, diese Neuerung um ein halbes oder ein Jahr hinauszuschieben. Aber dann wurden die Rundfunkanstalten von der Industrie gedrängt. Es wurde dabei

immer wieder auf die bevorstehende Rundfunkausstellung verwiesen, und so gaben wir schließlich dem Zwang sachlicher Art nach. Es war im Grunde kein grundsätzliches Nachgeben, sondern nur in Bezug auf den Zeitplan.

Hofmann: Die Rundfunkanstalten sind bei uns ja öffentlich-rechtliche Körperschaften, und ich bin durchaus Ihrer Auffassung, daß diese Rechtsform das kleinere Übel ist, wie Sie in Ihrem Referat ausführten. Umso erstaunlicher ist es aber, daß die Rundfunkanstalten quasi kommerzielle Konsumentenforschung betreiben, daß sie sehr genau ermitteln, wie die Sendungen ankommen. Hier hat die Werbewirtschaft offenbar Eintritt in die Rundfunkredaktionen gefunden. Und man muß sich fragen, warum man sich so sehr den kommerziellen Formen der optimalen Verbreitung von Sendungen anpaßt, obwohl man es nicht nötig hat? Man könnte doch bewußt erziehend wirken und könnte insofern ein Gegengewicht zum Massengeschmack aufbauen, der von Funk und Fernsehen sowie den Zeitungen selbst geprägt ist. Man könnte also sehr viel bewußtere countervailing power auch im pädagogischen oder moralischen Tausziehen um das Publikum pflegen. Warum verhält man sich aber so quasi kommerziell?

Brühl: Es ist richtig, daß wir durch die Meinungsforschungsinstitute erkunden, wie unsere Sendungen bei den Zuhörern angekommen sind. Es stellt sich aber dann die Frage, wozu diese Zahlen uns dienen. Zwar sind für unser Programm Ereignisse wie ein Endspiel um die Fußballweltmeisterschaft von großer Verbindlichkeit, was aber nicht bedeutet, daß die gehaltvollen Sendungen, von denen bekannt ist, daß sie wenig Hörer anziehen, vom

Programm völlig verdrängt werden. Als Beispiel wäre hier im Hörfunk anzuführen, daß wir Kammermusik etwa 12 mal mehr senden, als es in Umfragen gewünscht wird. Diese Übersicht über das Hörerecho dient eigentlich mehr der internen Kenntnis des Hauses und ist im Grund nicht die Richtlinie dafür, wie oft dieser oder jener ins Programm kommt.

Allerdings hat sich dennoch ein kommerzielles Verhalten eingeschlichen, was aber nicht unsere Schuld ist. Wir haben nämlich zwei Fernsehsysteme! Das ARD-System und das 2. Deutsche Fernsehen, das Holzhammersche System. Diese beiden Systeme stehen zueinander in Konkurrenz und es gibt keine übergeordnete Instanz, die koordinierend wirken könnte. Von daher ergibt sich für uns die Notwendigkeit, bei der Auswahl des Fernsehprogramms die Infratest-Ziffern zu Rate zu ziehen, um die Werbeeinnahmen hochzuschrauben. Deshalb müssen wir uns fragen, was kommt gut an, was können wir verkaufen, denn die anderen machen das genauso. Es ist aber zu hoffen, daß sich die beiden Systeme einpendeln, daß man sich von der Spitze her verständigt, und daß dann gewisse Überzüchtungen der Konkurrenz ausgeschaltet werden können.

Protokoll

Diskussion zum Vortrag „Die Konzentration in der Presse und der Grundrecht der Meinungsfreiheit“ (nicht in Nachlass von Werner Hofmann) **von Edgar Kull**

Maus: Wir sollten uns zunächst mit Fragen der Konzentration und deren Folgen befassen und ob heute noch die Möglichkeit besteht, in der Presse dem Konzentrationsprozess entgegenzutreten.

Kull: In meinem Referat ging ich zunächst von der Wortinterpretation des Meinungsmonopols aus. Das Wort Meinung betrifft zunächst noch nicht das, was geäußert wird, sondern das, was gedacht wird. Juristisch – auch verfassungsjuristisch – ist die Meinung irrelevant. Interessant wird es erst bei der Meinungsäußerung. Meinungsmonopol kann es demnach nicht geben! Da wir es hier überdies mit dem Kommunikationsbereich zu tun haben, ist nicht einmal die Äußerung allein relevant, da sie sich noch keines Mediums bedient. Relevant ist nur die auf ein Medium bezogene Äußerung. So kam ich zu dem Ergebnis: Die Fragestellung darf nicht heißen: Gefahr für die Meinungsfreiheit? Sie ist sogar unpräzise, wenn ich frage: Gefahr für die Meinungsäußerungsfreiheit? Sie ist präzise immer nur mit Bezug auf ein Medium, und da wir es hier mit dem Medium Presse zu tun haben, geht es also um die Pressefreiheit.

In der Diskussion um das Verlagshaus Springer, dem ein Meinungsmonopol unterstellt wird, sagt man, er hat 32,9% der Verkaufsauflage aller Tageszeitungen. Diese Zahl kommt dadurch zustande, daß die Auflage der BILD-Zeitung, die 4,3 Mio. beträgt,

mit eingerechnet wird. Dann hat Springer natürlich eine Riesenaufgabe! Nehmen Sie aber an, Springer würde die BILD-Zeitung veräußern; sie ging an einen völlig harmlosen und unanfechtbaren Menschen, dann hätte der über Nacht 25%, dann wäre der der Monopolist.

Zudem muß man die politische Tageszeitung vom Boulevardblatt unterscheiden. Dann stellt sich nämlich heraus, daß Springer mit der „Welt“, dem „Hamburger Abendblatt“ und den beiden Berliner Zeitungen keine überwältigend große Auflage hat. Wenn Sie von den publizistischen Einheiten her sehen, dann hat er sogar nur 5 von 156.

Frage: Betrachtet man die Berichterstattung der Springer-Zeitungen zu den Vorfällen vom 2. Juni 1967 in Berlin, so scheint Ihre deduktive Ableitung des Begriffes Meinungsmonopol recht formal. Denn hier zeigte sich doch gerade, daß ein Verleger mit seinen Zeitungen eine Politik bewußter Meinungsmanipulation betreiben konnte, indem er systematisch wesentliche Informationen zurückhielt.

Kull: Sie sagen, ich hätte formal oder weitgehend formal argumentiert. Die Pressefreiheit jedoch in dem Sinne, den Sie formal nennen, ist die große Errungenschaft des liberalen Staates, der liberalen Staatsidee. Wenn nun die BILD-Zeitung eine bestimmte politische Richtung vertritt und dennoch von so vielen Menschen gelesen wird, so kann der Ausweg nicht darin bestehen, daß man die Pressefreiheit verkürzt, daß man Springer sagt: Du darfst ein solches Blatt nicht machen! Der materielle

Ausweg sollte vielmehr der sein, daß man ein Gegenblatt gründet.

Frage: 1) Der Inhalt der Pressefreiheit lässt sich doch nicht allein aus der juristischen Deduktion gewinnen. Wenn die Garantie der Pressefreiheit durch das Grundgesetz einen Sinn haben soll, dann kann es nicht um die Garantie eines abstrakten, aus allgemeinen Prinzipien des liberalen Rechtsstaates deduzierten Freiheitsbegriff handeln, sondern nur um eine konkrete, unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen in der BRD praktizierbare Freiheit.

2) Ebenso wie man die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung durch Gesetze wie das gegen unlauteren Wettbewerb oder durch Anti-Trust-Gesetze einengen konnte, so ließe sich doch auch eine Regelung für die Pressefreiheit ausarbeiten, damit Gefahren, die ihr drohen und schließlich zu ihrer Beseitigung führen können, weitgehend eingedämmt werden.

Kull: Ich bin der Auffassung, daß es gesellschaftliche Gruppen gibt und auch Verlagsgruppen, die imstande wären, ein Gegenblatt zur BILD-Zeitung zu führen. Es gibt z.B. beträchtliche kleinere Boulevardzeitungen im Raum Köln, in Düsseldorf, in Frankfurt und in München. Was schließt es aus, daß diese Unternehmen eine Gesellschaft gründen, die ein Boulevardblatt auf Bundesebene herausgibt. Die Kapitalien sind sicher nicht leicht aufzubringen, aber Verlage der Größenordnung wie Du Mont Schauberg (Köln) könnten das.

Frage: Man würde am Kern der Sache vorbeigehen, wollte man das Problem der Pressekonzentration auf die Frage reduzieren, ob

30% einer Zeitungsauflage in der Hand von Augstein oder sozialdemokratischen Konzentrations GmbH. weniger gefährlich für die Pressefreiheit sind als in der Hand von Springer. Kann man überhaupt Unternehmen die volle privatwirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit bis hin zu allen Schattierungen des Oligopols oder gar Monopols zugestehen, um die für die Demokratie so entscheidende Ware – die politische Information, die politische Meinung, die politische Beeinflussung des Publikums – zu produzieren und zu verkaufen? Ich meine, daß die Gefahr hier nicht vom Staat – in Form der Zensur – sondern vielmehr durch die organisierte Form der Konkurrenz von der Gesellschaft aus die Pressefreiheit bedroht.

Kull: Ich bin sehr dafür, die Dinge als Phänomene zu diskutieren und von Personen abzusehen. Sie sprachen von dem Wort Gefahr. Da muß man fragen: Gefahr wofür? Gefahr für die Meinungsfreiheit? Wie gesagt, das kann man so nicht fragen, denn es kann sich allenfalls um die Pressefreiheit handeln. Für das, was Pressefreiheit nach überkommener Rechtsauffassung ist, ist eine Gefahr nicht nachgewiesen und u.U. gar nicht einmal nachweisbar. Also frage ich zurück: Wofür ist das eine Gefahr, die den Gesetzgeber zu einer Gegenaktion nicht nur legitimieren, sondern sogar zwingen würde?

Pressefreiheit ist nicht das einzige Grundrecht, das ohne einen finanziellen Grundstock sich nicht realisieren läßt. Es gibt eine ganze Reihe von Grundrechten, bei denen sich das so verhält. Das ist nun einmal so, und ich sehe keine Möglichkeit, wie Sie es ändern wollen, auch wenn es Sie amüsiert. Es empört mich nicht

einmal, weil ich es für so selbstverständlich halte.

Hofmann: Die eigentliche Frage scheint mir die zu sein, in welchem Umfang heute das Prinzip der Konkurrenz – aus den Konkurrenzmechanismen selbst heraus – schon den Spielraum der Meinungsfreiheit verengt? Es scheint mir schon gar nicht mehr wichtig zu sein, ob Blätter der Boulevardpresse miteinander konkurrieren können, ob etwa die Sorayapresse durch die Gangsterpresse verdrängt wird. Das ist geradezu zu einem Schattenkampf geworden, den der Begriff der Meinungsäußerungsfreiheit gar nicht mehr erfüllt. Entscheidend ist vielmehr die Frage der Meinungsalternative – und zwischen Boulevardblättern besteht im Grunde an Alternativen sehr wenig. Zugleich haben die sich ändernden Formen der Konkurrenz den Lesergeschmack umgestaltet. Man muß sich fragen, in welchem Umfang wird nicht geradezu der Leser süchtig gemacht nach etwas, was man ihm nicht mehr entziehen darf.

Kull: Ich kann diese Frage im Grunde nur unterstreichen, Herr Professor Hofmann. Die empirischen Untersuchungen stehen aber noch aus, die das Meinungsgewicht der Boulevardpresse wirklich erkennen lassen. Aus diesem Grund bin ich der Auffassung, daß eine Forschungsrichtung, die man als Kommunikationswissenschaft bezeichnen mag, von größter Wichtigkeit ist.

Frage: Sinn und Funktion der Pressefreiheit können sich mit dem Wandel der sozialen Grundlagen, für die sie ursprünglich konzipiert waren, verschieben, und juristische Termini werden nur dann gesellschaftlich relevant, wenn ihr historischer Bezug nicht

verloren geht. Besteht nicht zwischen dem formal juristischen Begriff von Pressefreiheit und ihrer sozialen Wirklichkeit ein Widerspruch? Muß sich hier nicht der Begriffsapparat ändern?

Kull: Das ist in der Tat zu einem gewissen Grad durch die neue Sicht des Bundesverfassungsgerichtes geschehen. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Wegen der besonderen Bedeutung der Pressefreiheit betrachten wir die Presse als eine Institution. Für den Juristen ist das ein großes Wort, denn mit dem Begriff der Institution des öffentlichen Rechts verbinden sich ganz bestimmte Vorstellungen, die aus dem Raume des öffentlichen Rechts kommen. Die Frage ist jedoch die: Können und dürfen Überlegungen von einer institutioneller Sicht her das eigentliche Individualrecht der Pressefreiheit erdrosseln? Diese Gefahr könnte nämlich bestehen, wenn am Ende nur noch die Rede von der Institution der Presse und weniger von der Pressefreiheit ist.

Frage: Da der Pressemarkt zunehmend von Oligopolen majorisiert wird, scheint mir die Rettung der Pressefreiheit nur noch durch Antikonzentrationengesetze wie z.B. Auflagenbeschränkung oder Marktbegrenzung möglich zu sein. Man könnte sich doch beispielsweise ein Pressekartellgesetz vorstellen, das dem Kartellgesetz anderer Industriebetriebe ähnlich ist?

Kull: Wenn wir ein Antikonzentrationengesetz machen, dann ist das kein Gesetz im Sinne von Artikel 5 Abs. II, das den Gesetzesvorbehalt konkretisiert. Selbstverständlich haben fast alle Grundrechte einen Gesetzesvorbehalt. So gilt auch die Pressefreiheit nicht absolut. Man darf z.B. gestützt auf die Pressefreiheit nicht

beleidigen. Aber das Gesetz, das ein Grundrecht einschränkt, darf nach Art. 19 des GG nicht so weit gehen, daß es das Grundgesetz in seinem Wesensinhalt antastet. Ich glaube, als Verfassungsrechtler muss man sagen, wenn dem Verlag der BILD-Zeitung oder irgendeinem anderen Verlag verwehrt wird, die Auflage zu verkaufen, die ihm die Leser abnehmen, dann ist sein Grundrecht der Pressefreiheit im Wesensgehalt angetastet.

Das war zunächst der juristische Aspekt. Wollen Sie nun aber eine politische Lösung, so kann diese nur durch eine Gegenaktion ermöglicht werden und nicht dadurch, daß Sie massiv in die Pressefreiheit eingreifen. Denn zu sagen, die BILD-Zeitung muß auf eine Millionen-Auflage revidiert werden, wäre ein Rückfall in den Absolutismus.

Das Beispiel mit dem Kartellgesetz ist nicht ganz überzeugend, da das Kartellgesetz den Marktmechanismus bei gewöhnlichen Waren reguliert. Dafür gibt es kein eigenes Grundrecht. Die Unternehmensfreiheit können Sie mittelbar aus Art. 2 ableiten. Die Pressefreiheit ist jedoch eine Freiheit ganz eigener und genuiner Art. Die Frage einer Auflagenbegrenzung unter Berücksichtigung der Vorgänge im Wirtschaftsbereich könnte u.U. Eingang finden, wenn die Konzentration der Presse durch Aufkauf marktschwacher Verlage gestärkt würde. Da wäre ich nicht sicher, ob in der Tat eine Tangierung des Grundrechts der Pressefreiheit vorläge.

Aber wenn eine Zeitung gegründet wird, wie die BILD-Zeitung 1952 mit der Auflage null. Aus eigener Kraft und/weil sie den Lesern eben gefällt, nun diese Auflage erreicht, nun da zu

drosseln das würde ich nun für den Kardinalfall des Eingriffs in die Pressefreiheit halten. Ich kann tatsächlich nur an Voltaire erinnern und ich kann mir sehr gut vorstellen, daß einem das nicht gefällt, wenn man liberal denkt oder wenn man der sozialdemokratischen Partei nähersteht. Aber das würde ich für eine Maßnahme halten, die mich an der gesunden Liberalität und an der sozialdemokratischen Überzeugung eines Mannes eines Mannes doch sehr zweifeln ließe, wenn er sagen würde: weil uns die Zeitung nicht paßt, setzen wir ihr eine Auflagenbegrenzung. Das würde ich für unmöglich halten.

Protokoll

Diskussion zum Vortrag „Die wirtschaftliche Lage der Zeitungen – Konzentration und Kooperation“ (nicht im Nachlass von Werner Hofmann) **von Hans Dürrmeier**

Frage: Sie haben den Konzentrationsprozeß in der Presse als wirtschaftliche Notwendigkeit dargestellt; andererseits jedoch fordern Sie aus politischen Gründen eine Vielfalt von Zeitungen. Besteht hier nicht ein Widerspruch, denn das Gesetz der Massenproduktion im Zuge des technischen Fortschritts intendiert doch die Konzentration – auch im Pressewesen?

Dürrmeier: Der technische Fortschritt läßt sich nicht aufhalten – und vor allen Dingen nicht auf dem Drucksektor. Es läßt sich aber die Vielfalt der Zeitungen dennoch erhalten, wenn es uns gelingt, die Anzahl der bestehenden selbständigen Redaktionen zu sichern. Als Möglichkeit würde sich hier z.B. der Zusammenschluß von kleinen und mittleren Zeitungen zu Herstellungsgemeinschaften anbieten. Schwierigkeiten bereitet dabei zwar, den Journalisten die Arbeitsplätze zu erhalten, aber das ist die Voraussetzung. Denn erhalten wir den Journalisten die Arbeitsplätze, dann erhalten wir auch die Vielfalt der Presse, weil dadurch die Zahl der Redaktionen erhalten werden muß.

Frage: Sie sprechen von der Trennung zwischen verlegerischer und journalistischer Funktion. Diese These scheint jedoch angesichts der Situation im Springer-Konzern mehr als fraglich, wo von den Herausgebern unmittelbarer Einfluß auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitungen ausgeübt wird. Gibt es juristische Mög-

lichkeiten, diesen Zustand zu ändern?

Dürrmeier: Soweit in den einzelnen Ländern Pressegesetze bestehen, ist das Verhältnis zwischen Verlag und Redaktion juristisch geregelt. In der Mehrzahl der Fälle nimmt der Verleger keinen Einfluß auf die Redaktion. Die Redaktionen haben zwar die Richtlinien zu befolgen, die sich aus der Richtung der Zeitung ergeben, aber sonst ist der Schriftredakteur mit seinen Redakteuren unabhängig vom Verleger. Bei uns (Süddeutsche Zeitung) ist das z.B. folgendermaßen: Unser Chefredakteur ist auf eine demokratisch-liberale Haltung, wie sie im Lebenswerk des ehemaligen Bundespräsidenten Prof. Heuß formuliert ist, verpflichtet. Der Chefredakteur muß dann für diese demokratisch-liberale Haltung dem Verlag gegenüber, der das wirtschaftliche Risiko trägt, geradestehen. In der Redaktion gibt es bei uns die verschiedensten Meinungen, die in der Redaktionskonferenz nach den Geschehnissen des Tages zu einer Gesamtmeinung geformt werden. Danach richtet sich dann der Leitartikel, ein Streiflicht oder ein Kommentar.

Wollny: Das Wichtigste einer Zeitung ist doch die loyale Information – und diese hat Springer verspielt! Wie Sie sagten, ist der Einfluß des Verlegers auf die Redaktion in den Pressegesetzen der jeweiligen Länder festgelegt. Wo findet man nun bei Beschwerden den Kadi, der auf überregionale Zeitungen die unterschiedlichen Pressegesetze der Länder anwendet? Welche Sanktionen sehen diese Gesetze gegen einzelne Verleger vor?

Dürrmeier: Verstöße gegen das Pressegesetz ergeben sich dann,

wenn der Verleger solchen Einfluß auf die Haltung seiner Redaktion nimmt, der ihm nicht zusteht. Soweit ich diese Problematik überblicke, wird das Pressegesetz des betreffenden Landes selten von dem Leser strapaziert. Mir ist kein Fall bekannt, in dem ein Leser sich wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz etwa an den Deutschen Presserat gewandt hat. Soweit ich die Pressegesetze im Moment überblicke, sind in ihnen keine Sanktionen vorgesehen.

Frage: Wie es sich gezeigt hat, haben Beschwerden von Redakteuren selten Aussicht auf Erfolg und ziehen außerdem häufig Kündigungen nach sich. Da sich die meisten Zeitungen zu etwa 75% aus privatwirtschaftlichen Anzeigen finanzieren, ist es für sie schlicht unmöglich, gegen prinzipiell privatwirtschaftliche Interessen Stellung zu nehmen. Das bedeutet z.B., daß die Forderung der außerparlamentarischen Opposition nach der Enteignung des Springer-Konzerns in der Presse keine Diskussionsplattform finden kann. Im Gegensatz dazu kann es sich aber Springer leisten, eine Zeitung wie die „WELT“ trotz permanenten Defizits zu halten und damit weitere Leserkreise zu manipulieren.

Dürrmeier: In diesem Falle dürfen Nachricht und Meinung nicht verwechselt werden. Nachrichten sind – das haben wir in den letzten Wochen erlebt – in weitem Maße über die außerparlamentarische Opposition fast in der gesamten Presse weitergegeben worden. Zur Meinungsverbreitung jedoch sehe ich im Augenblick keine andere Möglichkeit, als daß sich immer mehr Zeitungen zu politisch unabhängigen und überparteilichen entwickeln.

Frage: Selbst bei seriösen Tageszeitungen wird heute nicht mehr klar zwischen Nachricht und Kommentar unterschieden. Und besonders an der „WELT“ verdeutlicht sich, daß die Information immer mehr von der Tendenz abhängig wird.

Dürrmeier: Das ist in der Mehrzahl der Fälle Sache der Redaktion, denn sie bestimmt die Kommentierung der Nachrichten, ich glaube nicht, daß man einen Fall anführen kann – die Springer-Presse ausgenommen; das weiß ich nicht – wo die Verleger auf die Kommentierung von Nachrichten Einfluß nehmen. Das halte ich für völlig ausgeschlossen!

Giere: Kann die Presse, die unter dem Prinzip der Profitmaximierung arbeitet, überhaupt den Anspruch erheben, einen ethischen und erzieherischen Auftrag zu erfüllen? Kann eine privatwirtschaftliche Presse auch nur im Ansatz eine autonome staatsbürgerliche demokratische Bildung betreiben?

Dürrmeier: Der Artikel 5 des GG sieht nur die Sicherheit der Meinungs- und Pressefreiheit vor. Mir ist nicht bekannt, daß in Artikel 5 irgendetwas über die Besitzverhältnisse gesagt wird. Ob eine Presse, die nicht privatwirtschaftlich betrieben wird, bessere Voraussetzungen zur Meinungsbildung schafft, ist fraglich. Es gibt zwar Stiftungen und öffentlich-rechtliche Körperschaften wie z.B. die Rundfunkanstalten; aber auch hier gibt es keine Sicherheit dafür, daß nicht der Vorsitzende dieser Stiftung starken Einfluß auf den Inhalt einer Zeitung ausübt.

Wollny: Gibt es Möglichkeiten, daß z.B. eine Gruppe von

Studenten Zeitungen auf Unwahrheiten untersucht und sich damit an den Presserat oder Sie, Herr Dürrmeier, wendet?

Dürrmeier: Ich könnte mir vorstellen, daß in diesem Falle der deutsche Journalistenverband – die Journalistenunion – die richtige Adresse wäre. Hier sind bedeutende Journalisten organisiert, die sich auch in der Problematik der Meinungsfreiheit auskennen. Hier wären Partner für ein Gespräch mit Studenten, nicht aber der Verleger. Denn kein Verleger wird zugeben, daß er die Meinung seiner Redaktion beeinflußt. Das dürfen Sie nicht erwarten! Bei einem Gespräch zwischen Studenten und Journalisten könnten wir Verleger gerne dabei sein, um u.U. korrigierend einzugreifen.

Hofmann: 1) Wieweit kann die Selbständigkeit der Redakteure noch effektiver gestaltet werden, angesichts der Übermacht der Presseagenturen? Denn als „unabhängig“ können sich heute nur noch solche Agenturen bezeichnen, die über eigene Korrespondenten verfügen.

2) Die sichtbaren Formen der Verflechtung von Wirtschaft und Staat fördern die zunehmende Abhängigkeit: Es werden z.B. Meinungen der Regierung als „objektive“ Nachrichten weitergegeben.

3) Wie weit selbst die Selektion von Nachrichten um sich gegriffen hat, läßt sich am Problem der Notstandsgesetze nachweisen. Z.B. sind die Enthüllungen des MdB Matthöfer über die Dienstverpflichtungen nur von der „Frankfurter Rundschau“ wiedergegeben worden. Hier wurde die Kooperation des Schweigens nur an einer

Stelle durchbrochen. Andererseits besteht jedoch

4) ein erheblicher Druck der Konkurrenz in Bezug auf die Erstveröffentlichung von Nachrichten.

5) Die Trennung von Verlag und Redaktion läßt sich solange nicht radikal durchhalten, wie der Chefredakteur vom Herausgeber bestellt wird.

6) Was halten Sie, Herr Dürrmeier, von dem Gesetzentwurf des „Republikanischen Clubs“ in West-Berlin zur Entflechtung des Springer-Konzerns?

Dürrmeier: Nichts wäre den Präsidenten der Presse-Kommission und mir lieber, wenn ein Weg sich finden ließe – z.B. ein Kartellgesetz –, womit man die Größe oder Entflechtung eines Presseunternehmens dirigieren könnte. Das äußert sich auch im Schlußbericht der Pressekommission. Die Durchsetzung dieser Vorschläge jedoch ist Sache der Politiker. Mein persönlicher Vorschlag wäre zunächst, daß man von seiten der Bundesregierung auf die maßgebenden Unternehmer der Presse einwirkt und ihnen rät, sich selbst zu beschränken, um damit freiwillig einen Beweis zu liefern, daß sie zu Konzessionen bereit sind. Denn auf dem Gesetzeswege werden wir in dieser Legislaturperiode in jener Hinsicht nichts erleben. Ich wüßte nicht, wo da eine Mehrheit herkommen sollte!

Prof. Hofmann: Lag der Vorschlag des „Republikanischen Clubs“ der Pressekommission vor?

Dürrmeier: Der R.C. ist für uns keine Adresse gewesen. Erstens ist er nicht an uns herangetreten und zweitens haben wir von außerhalb der Pressekommission stehenden Personen solche Vorschläge nicht gemacht bekommen.

Frage: Halten Sie eine Novellierung zu dem Kartellgesetz für möglich?

Dürrmeier: Ich glaube sogar daran! Ich bin überzeugt, daß im weiteren Verlauf nur über das Kartellgesetz beraten wird. Denn das Ziel geht dahin, daß man die Marktbeherrschung durch eine entsprechende Novellierung verhindern will.

Frage: Was halten Sie von einem Anzeigefonds in Form einer Anzeigengenossenschaft, wie sie vom Republikanischen Club entworfen wurde?

Dürrmeier: Das ist völlig aussichtslos. Da werden sich die Verleger nicht mit einverstanden erklären!

4

Finn Langbein

Nachwort : Werner Hofmann und die „Meinungsindustrie“

Gleich in seinem ersten Amtsjahr als Professor für Soziologie in Marburg gelingt Werner Hofmann ein großer Erfolg: Finanziell unterstützt durch die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) organisiert er eine Vortragsreihe, die sich der Problematik einer im Kommen begriffenen Notstandsgesetzgebung aus verschiedenen Perspektiven nähert. In dem durch Wolfgang Abendroth geprägten Marburg erzeugt die Reihe eine beachtliche Resonanz und erscheint schließlich mit einer Auflage von 20.000 im Rowohlt Verlag, die schon bald vergriffen ist.¹ Das Gelingen dieses Projekts mag einer der Gründe dafür sein, dass Hofmann sich wenig später dazu entschließt, einen weiteren Vortragszyklus auszurichten. Indem akute Problematiken der Presse und der Meinungsbildung angesprochen werden, so schreibt er an Günther Wollny, den Regierungsdirektor der HLZ (Brief vom 16.08.1967), sollen „Fragen der Gegenwartsgesellschaft in vertiefter ökonomischer, soziologischer und politischer Analyse den Studierenden sowie der allgemeinen Öffentlichkeit durch berufene Kenner der Materie“ näher gebracht werden.

In einem ersten Programmentwurf zeigen sich Hofmanns große Pläne. Eingeleitet werden soll die Reihe durch Jürgen Habermas mit einem Vortrag zum Thema „Öffentliche Meinung – einst und jetzt“. Daran anschließend soll Rudolf Augstein vom Spiegel die

¹ Interessant ist, dass Hofmann im Brief an Günther Wollny vom 16.08.1967 von „40.000 Exemplaren“ spricht, an die noch nicht einmal die 2. Auflage vom März 1968 heranreicht.

ökonomischen Bedingungen der Presse erläutern und Josef Drexel, der Gründer der Nürnberger Nachrichten, über „Die gesellschaftliche Bedeutung der Pressekonzentration und die Möglichkeiten der Gegenwehr“ sprechen. Danach ist geplant, dass Axel Springer selbst das Marburger Publikum über die von seinen Redaktionen geübten Grundsätze der politischen Meinungsbildung unterrichtet. Auch Gert von Paczensky vom Stern soll zum Thema „Rundfunk und Fernsehen im politischen Kräftespiel“ zur Sprache kommen. Für den Abschluss der Reihe lädt Hofmann Hans Magnus Enzensberger dazu ein, ein Referat darüber zu halten, inwiefern „Die Technik der Meinungsbildung als Herrschaftsmittel“ fungiert. Hofmann scheint selbst zu ahnen, dass es problematisch werden könnte, diese, wie Günther Wollny schreibt, „rednerische Equipe“ (ebd.) in dieser Zusammenstellung motivieren zu können. Dies lässt er dadurch erkennen, dass er gegenüber Wollny darauf hinweist, dass sich „[a]m Programm [...] gewiß noch manches ändern“ (ebd.) werde.

Die Zusammenstellung von Themen und Referenten macht indes auch deutlich, dass Hofmann das Habermas'sche Ideal einer herrschaftsfreien Öffentlichkeit, in der jeder zu Sprache kommt und nur das beste Argument zählt, sehr ernst zu nehmen scheint. Das Spektrum der verschiedenen Themen spiegelt Hofmanns Bemühungen wider, sich dem Thema möglichst differenziert und aus verschiedenen Perspektiven zu nähern. Es werden folglich nicht nur linke Systemkritiker wie Enzensberger oder Habermas eingeladen, sondern auch der liberale Augstein und sogar der vielkritisierte Springer selbst. In dem Brief, in dem er Letzteren zu einem Vortrag einlädt, schreibt er über seine „Absicht, auch die

Meinungsbildung über den von Ihnen, sehr verehrter Herr Springer, geleiteten Konzern auf Grund sachkundiger Information zu vertiefen“, wobei es ihm wichtig sei, die „Informationen nicht aus zweiter Hand“ zu beziehen.

Jedoch erhält Hofmann auf seine Anfragen bis auf Gert von Paczensky nur Absagen, sodass er das Vorhaben vorerst aufgibt und es erst nach Zusagen einiger Ersatzkandidaten wie Hans Dürrmeier, dem Verlagsleiter des Süddeutschen Verlags und Edgar Kull vom Bundesverband deutscher Zeitungsverleger wieder aufnimmt. Während Habermas und Enzensberger zwar ihr Wohlwollen gegenüber der Reihe betonen, aber beide das ganze Semester in den U.S.A. verweilen, ist das Thema für Drexel ein zu „heißes Eisen“ (Brief vom 20.09.1967). Hingegen machen sich Augstein und Springer noch nicht einmal die Mühe, Hofmann persönlich zu antworten. Augstein lässt ausrichten, er habe keine Zeit und von Springer-Mitarbeiter (und BND-Spion) Horst Mahnke kommt der hämische Kommentar, dass Springer keine weiteren Vortragsverpflichtungen eingehen könne, er sich jedoch sicher sei, dass sich der „Vortragszyklus besonderer Anziehungskraft erfreuen“ dürfe, zumal Hofmann „einen so unakademischen Titel gefunden“ habe (Brief vom 26.09.1967).

Und in der Tat entspricht der ursprünglich gewählte Titel „Meinungsindustrie und Machtsystem“ dem scharfen Ton, den man von Hofmann aus seinen Reden und Schriften gewohnt ist. Dass Hofmann um die Anstößigkeit des Titels durchaus zu wissen scheint, zeigt sich beispielsweise daran, dass er bei der Akquise mancher Referenten auf dessen Nennung verzichtet. Stattdessen

spricht er etwa gegenüber den Intendanten von WDR (Brief vom 16.01.1967) und HR (Brief vom 06.03.1968) von einer „Vortragsreihe, welche die neuen Tendenzen bei den drei großen Medien der geistigen Kommunikation (Presse, Rundfunk, Fernsehen) zum Thema hat.“ Außerdem wird der Titel der Reihe etwa mit dem Jahreswechsel 1967/1968 – um den herum Hofmann sich entscheidet, die Reihe nun doch zu veranstalten – in „Meinungsindustrie und Gesellschaft“ geändert. Genaue Gründe hierfür finden sich in den Materialien nicht, es ließe sich aber vermuten, dass das Ersetzen des Wortes „Machtsystem“ durch „Gesellschaft“ den Titel etwas entschärfen oder an den vorausgegangenen Erfolg „Notstandsordnung und Gesellschaft“ erinnern soll.

Doch welche Vorstellung hat Hofmann überhaupt von dem titelgebenden Begriff der Meinungsindustrie? Es scheint sinnvoll, dafür zunächst einen Blick auf den zweiten Wortteil zu werfen. Der Begriff der Industrie hat nämlich in der Nachkriegszeit Konjunktur: Er wird nicht nur von Hofmann, sondern etwa auch von Adorno (Kulturindustrie) und Enzensberger (Bewusstseinsindustrie) zur Beschreibung gesellschaftlicher Phänomene genutzt und betitelt überdies den Soziologentag des Jahres 1968 („Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?“). Charakteristisch für die industrielle Gesellschaft, die als solche zuerst durch den Frühsozialisten Saint-Simon bezeichnet wurde, ist im Allgemeinen der zentrale Stellenwert des Wirtschaftswachstums, der vor allem durch technischen Fortschritt, die Steigerung der Produktivität und Massenkonsum erzeugt wird (vgl. Hillmann 2007: 368). Dem entspricht Hofmanns Beschreibung der Meinungsindustrie in

seinem Text *Springer als Symptom: 10 Thesen* (1968), in dem er die Problematik einer an marktwirtschaftliche Prozesse gebundenen Presse erörtert. Hier moniert er, dass wegen des Zwangs, Gewinn erwirtschaften zu müssen, die Berichterstattung an Qualität und Pluralität einbüße, sodass Sachlichkeit und Objektivität an Bedeutung verlören, was einer Entfremdung der Presse von ihrer eigentlichen gesellschaftlichen Funktion – der Meinungsbildung – gleichkäme (vgl. ebd.).

Diese Position spiegelt sich auch in der Podiumsdiskussion sowie den Diskussionsrunden wider, welche an die Vorträge von „Meinungsindustrie und Gesellschaft“ anschließen. Im Folgenden sollen Hofmanns Positionierungen anhand der in diesem Band enthaltenen Dokumente und in Abgrenzung zu den anderen im Vortragszyklus zur Sprache kommenden Referenten herausgearbeitet werden.

Beispielsweise in der Diskussion nach dem Vortrag Fritz Brühls, dem Programmdirektor des Westdeutschen Rundfunks (in diesem Band). Hier stimmt Hofmann Brühls These zu, dass öffentlich-rechtliche Körperschaften im Vergleich zu einer an Marktprozesse gebundenen Presse „das kleinere Übel“ seien. Er kritisiert jedoch, dass diese sich durch die Industrie instrumentalisieren ließen. So stellt er etwa Brühls Aussage, die Rundfunkanstalten hätten die „Pflicht, von neuen technischen Möglichkeiten so schnell als möglich Gebrauch zu machen“, die Behauptung entgegen, „daß der Übergang zur Stereophonie sowie zum Farbfernsehen eigentlich auf einen Wunsch der Industrie zurückzuführen sei.“

Auch Brühls Darstellung, Einschaltquoten dienten „eigentlich mehr der internen Kenntnis des Hauses“ und bestimmten nicht über die Zusammensetzung des Sendeprogramms, wird von Hofmann angezweifelt. Ihm zufolge werde hier „quasi kommerzielle Konsumentenforschung“ betrieben, woran man sehen könne, dass „die Werbewirtschaft offenbar Eintritt in die Rundfunkredaktionen gefunden“ habe. Stattdessen wäre es angemessener, „sehr viel bewußtere countervailing power auch im pädagogischen oder moralischen Tausziehen um das Publikum [zu] pflegen.“ Konträr zu Brühl plädiert Hofmann also dafür, das Programm eher geschmacksbildend zu nutzen, als es nach bereits vorhandenen Bedürfnissen und in Konkurrenz zu anderen Anstalten auszurichten.

Auch das Gespräch im Anschluss an das Referat von Hans Dürrmeier (in diesem Band) nutzt Hofmann, um seine eigene Position zu verdeutlichen und dabei auf ihm bedeutsam erscheinende Problematiken hinzuweisen. Es geht hier unter anderem um die Frage, wie unabhängig ein an Marktzwänge gebundenes Pressewesen überhaupt sein kann. Im Gegensatz zu Dürrmeier, der davon überzeugt ist, dass es keinen Fall („die Springer-Presse ausgenommen; das weiß ich nicht“) gebe, in dem die Verleger Einfluss auf die Kommentierung nähmen, weist Hofmann darauf hin, dass „[d]ie Trennung von Verlag und Redaktion [...] sich solange nicht radikal durchhalten“ lasse, „wie der Chefredakteur vom Herausgeber bestellt“ werde. Dürrmeiers Annahme, Zeitungen könnten politisch unabhängig und überparteilich sein, hält Hofmann schon deswegen für verfehlt, da es eine „Übermacht der Presseagenturen“ gebe und oftmals „Meinungen

der Regierung als ‚objektive‘ Nachrichten weitergegeben“ würden. Während Dürrmeier als Verleger angibt, aus der eigenen Berufspraxis keine direkten Einflussnahmen zu kennen, scheint es Hofmann eher darum zu gehen, dass die Struktur einer marktwirtschaftlich funktionierenden Presse notwendig zu einer gewissen Abhängigkeit führen müsse, die etwa durch die Besetzung von Redaktionen und den Rückgriff auf Presseagenturen entstehe.

Das Referat des Verfassungsjuristen Edgar Kull (Diskussion in diesem Band) nimmt Bezug auf die zu dieser Zeit sehr dominante Stellung der BILD-Zeitung und Möglichkeiten, dieser entgegenzuwirken. Die Überlegung, deren Auflage durch ein Antikonzentrationsgesetz zu beschränken, lehnt er ab, weil dies für ihn einen „Eingriff[...] in die Pressefreiheit“, ja sogar einen „Rückfall in den Absolutismus“ bedeuten würde. Für sinnvoller hält er die Gründung eines Gegenblattes, die er in Anbetracht der Umstände durchaus für möglich hält. Hingegen sieht Hofmann die „eigentliche Frage“ anderswo. Ein Gegenblatt würde seiner Meinung nach wenig verändern, denn das Hauptproblem sei „das Prinzip der Konkurrenz“. Eine echte „Meinungsalternative“ sei bei Boulevardblättern nicht gegeben, denn der Kampf um Auflagen führe dazu, dass der „Lesergeschmack umgestaltet“ werde. So werde „der Leser süchtig gemacht nach etwas, was man ihm nicht mehr entziehen darf.“ Es lässt sich also festhalten, dass beide der vieldiskutierten Überlegung eines Antikonzentrationsgesetzes eher kritisch gegenüberstehen, ihrer Argumentation jedoch unterschiedliche Analysen zugrunde legen. Während es für Kull als Juristen bedeutsam erscheint, die Pressefreiheit zu achten und

der BILD-Zeitung mit einem linken Boulevardblatt entgegenzuwirken, ist für Hofmann eine wirtschaftlich funktionierende Presse *per se* problematisch, denn sie führe in einen Teufelskreis. Erst die wirtschaftliche Konkurrenz habe überhaupt zu Boulevardblättern geführt, welche durch Emotion und Sensation um die Gunst der Leser buhlten. So werde deren Urteilsvermögen beschädigt, sodass eine differenzierte Berichterstattung gar nicht erst möglich sei, geschweige denn von den Lesern gefordert werde.

Abgeschlossen wird die Reihe durch eine Podiumsdiskussion zum Thema „Massenmedien und Halbbildung“, über deren Inhalte der Brief von Hofmanns Assistenten Sauerwald an Walter Giere von der HLZ vom 05.02.1969 Aufschluss gibt. Auf der einen Seite hätten hier die kritischen Stimmen von Abendroth und Hofmann gestanden, die eine kritische beziehungsweise pädagogisch wertvolle Presse ausschließen, solange diese nach kommerziellen Prinzipien arbeite. Demgegenüber befunden hätten sich der Marburger Erziehungswissenschaftler Wolfgang Klafki, der den ambivalenten Charakter von Massenmedien betont habe und Uwe Schultz vom Hessischen Rundfunk, der die Hoffnung gehabt hätte, dass durch Fernsehen und Radio Massenaufklärung in bisher unbekanntem Maß betrieben werden könne, was nicht notwendig auf Kosten der Qualität geschehen müsse. Letzterer war erst kurzfristig eingesprungen, wie Hofmanns Brief an ihn vom 09.12.1968 entnommen werden kann.

Eigentlich hatte Hofmann geplant, dass Theodor W. Adorno an seiner statt bei der Podiumsdiskussion sprechen und darüber

hinaus am selben Tag seinen Vortrag vom Frankfurter Soziologentag („Zum Positivismusstreit in der deutschen Soziologie“) wiederholen sollte. Doch dieses Vorhaben scheiterte kurzfristig, obwohl Adorno zuvor bereits zugesagt hatte. Die genauen Gründe hierfür sind aus den Korrespondenzen nicht ersichtlich, allerdings geht aus ihnen hervor, dass die beiden auch telefonischen Kontakt hatten, über den sich eine inhaltliche Meinungsverschiedenheit ausgetragen haben könnte. Darauf deutet ein Brief von Hofmann hin, den dieser einen Tag vor der Podiumsdiskussion (05.12.1968; in diesem Band) verfasst hat und in dem er über die „ungewöhnlichen Schwierigkeiten“ klagt, „die eine Vereinbarung mit Ihnen [Adorno] bereitet“ habe. Ferner sei es „nicht möglich“ gewesen, „einen neuen Termin“ mit ihm zu verabreden. Als weiterer Hinweis ließe sich ein etwa einen Monat zuvor stattfindender Austausch zwischen den beiden interpretieren (Briefe vom 13.11.1968 und 15.11.1968, in diesem Band), in welchem Adorno Hofmanns mit Abendroth und Klafki besprochenen Vorschlag einer Titeländerung in „Bildung durch Massenmedien?“ mit der Begründung zurückweist, er nehme „den Bildungsbegriff zu positiv“, sodass es mit seinen „Positionen nicht vereinbar“ sei.

Es ließe sich vermuten, dass in Adornos Absage einer der Gründe dafür liegt, dass die Vortragsreihe schließlich nicht gedruckt wird. Noch am 06.05.1968 bietet Hans Dürrmeier Hofmann nämlich „die kostenlose Herstellung eines Sonderdrucks“ an. Als dieser nach Abschluss der Reihe in seinem Brief vom 15.01.1969 darauf zurückkommen will, antwortet Dürrmeier, dass sein „Verlagsprogramm im Allgemeinen keine Broschüren“ vorsehe und er und

seine Mitarbeiter der Auffassung seien, dass man sich an die Richtlinien halten solle.

Abschließend kann bemerkt werden, dass die Vortragsreihe in ursprünglich geplanter Besetzung durchaus das Potential hätte haben können, zu einem mindestens ebenso großen Erfolg zu werden, wie es ihre Vorgängerreihe „Notstandsordnung und Gesellschaft“ wurde. Doch wie eingangs bereits erwähnt, kann angezweifelt werden, ob Hofmann selbst an die unverfälschte Umsetzung seines Plans geglaubt hat. Die Probleme bei der Anwerbung von Referenten zeigen, wie schwierig es für Hofmann war, im linken Marburg ein Programm auf die Beine zu stellen, bei dem Positionen verschiedenster politischer *Couleur* vertreten sein sollten. So ist es nachvollziehbar, dass sich eine Person wie Axel Springer nicht bereiterklären wollte, einen Vortrag im revolutionär gestimmten Marburg zu halten und sich anschließend den kritischen Fragen eines Werner Hofmann und seiner Studierenden auszusetzen. Gleichzeitig scheint sich der Verlauf der Vortragsreihe und ihrer Organisation einzureihen in das Lebenswerk Hofmanns, der nie um große Pläne verlegen zu sein schien, denen er jedoch letztendlich nicht – weder als intellektueller Vordenker der Studentenbewegung noch mit seinem Wahlbündnis *Aktion Demokratischer Fortschritt* (ADF) – im erhofften Maße gerecht zu werden vermochte.

Literatur

Hillmann, Karl-Heinz (2007): Industriegesellschaft. In: Ders. (Hg.): Wörterbuch der Soziologie. 5. Auflage. Stuttgart: Alfred Kröner, S. 368.

Hofmann, Werner (1968): Springer als Symptom: 10 Thesen. In:
Hofmann, Werner (1970/1972): Abschied vom Bürgertum.
Essays und Reden. 2. Auflage. Frankfurt: Suhrkamp, S. 48-52.

Bisher bei NiP erschienen:

Bd. 1

Stefan Lindecke

Leibfotograf

Pete Souza, Barack Obama und die Geschichte des „White House Photographer“.

2011

Bd. 2

Julia Brandes (Hg.)

Die Macht der Architektur

Der Kunsthistoriker Heinrich Klotz (1935-1999) als Fotograf und seine Diathek.

2011

Bd. 3

Jörg Probst

Sehen und siegen

Die Bildgeschichte der Geopolitik und die Zukunft der „Marburger Schule“.

2012

Bd.4

Thomas Noetzel

Politische Ideengeschichte als Evolutionstheorie

Mit einem Anhang: Portal Ideengeschichte – Funktionen und Perspektiven.

2012

Bd.5

Uta Elisabeth Köhler

Hegel und die Verrücktheit

Grundlegung einer Theorie der versehrten Anerkennung

2013

Bd.6

Jörg Probst, Steffen Henne (Hg.)

Die 1990er Jahre als Beginn

Bilder und Ideen einer Umbruchszeit

2013

Bd.7 (in Vorbereitung)

Thomas Noetzel

Die Macht der Scham

Bd.8

Eike Hennig

Schuld und Schuldlosigkeit

Nationalsozialismus studieren an der Universität Frankfurt a.M
oder Vergangenheitsvergegenwärtigungen um 1968

2014

Bd.9

Thomas Noetzel, Jörg Probst (Hg.)

Biographie und Politologie

Lebensdarstellungen als Wissensgeschichte politischer Ideen

2016

Bd.10

Felix Litschauer

Archäologie der Willkommenskultur

Zum Wandel eines politischen Konzepts

2017

Bd.11

Jörg Probst

„original instinct“

Populismus in der Bild- und Ideengeschichte der ästhetischen
Politik

2017

Bd.12

Nick Nestler

Memetische Bilderkämpfe

Rechtsextreme Memes – eine politische Ikonographie

2019

Bd.13

Kai Schubert

**Die Politik sozialistischer Staaten gegenüber Judentum,
Holocaust und Israel**

Ein Vergleich der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien mit der
SBZ/DDR

2020

NiP extra

Heft 1

Ein Moment der Ruhe

Selfies von Geflüchteten mit Angela Merkel. Ein Gespräch mit dem Fotografen Bernd von Jutrczenka

2016

Heft 2

Thomas Noetzel

ABC der Gegenwart

„Zombies“ der Politik in Stichworten

2017

Heft 3

Uwe Geese

Something to declare

Bemerkungen zum Relief am Marburger Zollamt

2018

Heft 4

Kerstin Gröger, Simone Kiebler, Jörg Probst

LebensBilder

Hilfsorganisationen über Flucht und Migration im Bild. Eine Umfrage

2018

Impressum:

nip – neue ideengeschichtliche politikforschung,
(Hg.: Thomas Noetzel, Jörg Probst).

Bd.14:

Finn Langbein

„Meinungsindustrie und Gesellschaft“

Eine Vortragsreihe des Marburger Soziologen Werner Hofmann (1922-1969)
von 1968 und die Gründe ihres Misserfolgs.

Druck: Universitätsdruckerei der Philipps-Universität Marburg.

2021